



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Straßburg, den 15.12.2015  
C(2015) 9206 final

ANNEX 1

## **ANHANG**

*zur*

### **EMPFEHLUNG DER KOMMISSION**

**zur Annahme des Praxishandbuchs für die Anwendung und Verwaltung des  
Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR-Handbuch)**

## Inhaltsverzeichnis

### Inhalt

1	EINLEITUNG .....	5
2	ALLGEMEINE LEITLINIEN .....	6
2.1	EUROSUR-Ziele und -Rahmen .....	6
2.2	Anwendungsbereich .....	7
2.3	Begriffsbestimmungen für die Zwecke dieses Handbuchs .....	8
2.4	Schutz der Grundrechte und Maßnahmen zur Rettung des Lebens von Migranten .....	10
3	OPERATIVE LEITLINIEN.....	12
3.1	Nationales Koordinierungszentrum.....	12
3.1.1	Funktionen und Aufgaben .....	12
3.1.2	Für die Grenzüberwachung zuständige nationale Behörden.....	14
3.1.3	Zusammenarbeit mit anderen nationalen Behörden .....	14
3.1.4	Verwaltung von Ressourcen und Personal .....	15
3.1.5	Nationales Lagebild.....	16
3.1.6	Planung und Durchführung der nationalen Überwachungstätigkeiten .....	16
3.1.7	Nationales Grenzüberwachungssystem.....	16
3.1.8	Messung der Auswirkungen.....	16
3.1.9	Kooperation mit anderen NCC.....	17
3.1.10	Betriebszeiten .....	17
3.1.11	Mitteilung über die Einrichtung und Überwachung des NCC .....	17
3.1.12	Übertragung von Aufgaben an andere nationale Behörden .....	17
3.1.13	Interne Verfahrensvorschriften.....	18
3.1.14	Zusammenarbeit zwischen den Behörden auf nationaler Ebene.....	18
3.1.15	Liste der Kontaktstellen.....	19
3.2	Lagebewusstsein.....	19
3.2.1	Beziehung zwischen den Lagebildern und ihren verschiedenen Schichten .....	19
3.2.2	Eigentum an Informationen und Informationssicherung sowie dienstleistungsorientierter Ansatz .....	20
3.2.3	Interessengemeinschaften.....	21
3.2.4	Informationsquellen.....	22
3.2.5	Ereignisschicht .....	23
3.2.6	Einsatzschicht.....	25
3.2.7	Analyseschicht.....	27
3.2.8	Gemeinsame Anwendung von Überwachungsinstrumenten.....	31
3.2.9	Datenschutzbestimmungen.....	33
3.3	Reaktionsfähigkeit.....	34

3.3.1	Begriffsbestimmung und Komponenten .....	34
3.3.2	Planung der Reaktionsfähigkeit.....	35
3.3.3	Übertragung von Aufgaben an regionale und lokale Behörden .....	36
3.3.4	Grenzabschnitte .....	36
3.3.5	Einstufung von Grenzabschnitten .....	36
3.3.6	Reaktionen entsprechend der Einstufung .....	38
3.3.7	Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern .....	42
3.3.8	Beurteilung von Einstufungen.....	42
4	TECHNISCHE LEITLINIEN .....	43
4.1	Kommunikationsnetz von EUROSUR.....	43
4.1.1	Rollen und Zuständigkeiten.....	43
4.1.2	Anwendungsmanagement .....	43
4.1.3	EUROSUR Technical Management Services (ETMS).....	43
4.1.4	IT-Administrator des Knotenpunkts und entsprechende Aufgaben..	45
4.1.5	Umsetzung technischer Änderungen.....	45
4.1.6	Benutzerhandbücher .....	46
4.2	Schulung.....	46
4.3	Sicherheitspolitik und Sicherheitsmanagement.....	48
4.3.1	Sicherheitsziele.....	48
4.3.2	Physische Sicherheitsmaßnahmen.....	50
4.3.3	Schutz von Informationen, die in Kommunikations- und Informationssystemen verarbeitet werden.....	50
4.3.4	Sicherheitsrollen und Zuständigkeiten .....	50
4.3.5	Kontrollmechanismen und Meldeverfahren im Falle einer Sicherheitsverletzung .....	52
4.4	Änderungsmanagement .....	52
4.4.1	Allgemeine Ziele und Vorschriften.....	52
4.4.2	Änderungsarten .....	53
4.4.3	Einleitung eines Änderungsprozesses durch die Mitgliedstaaten ....	54
4.4.4	Die Rolle des Änderungsbeirats von EUROSUR .....	55
4.4.5	Regeln für Änderungsanträge.....	55
4.5	Betriebliches Kontinuitätsmanagement.....	55
4.5.1	Folgenabschätzung .....	56
4.5.2	Risikomanagement .....	57
4.5.3	Entwicklung einer Strategie und eines Plans zur Betriebskontinuität .....	57
4.5.4	Meldung bei störungsbedingter Unterbrechung.....	58
4.5.5	Betreuung des Betriebskontinuitätsmanagements.....	58
4.6	Kommunikation.....	58
4.6.1	Allgemeine Ziele .....	58
4.6.2	Tägliche, routinemäßige Kommunikation.....	58
4.6.3	Die zentrale Kontaktstelle der Agentur .....	59

4.6.4	Liste der Kontaktstellen.....	59
4.6.5	Kommunikation hinsichtlich routinemäßiger operativer Angelegenheiten.....	60
4.6.6	Offizielle Treffen.....	60
4.6.7	EUROSUR und Öffentlichkeitsarbeit .....	60
4.6.8	Kommunikationssprache .....	61
5	GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN EU- BEHÖRDEN UND EXTERNE ZUSAMMENARBEIT .....	61
5.1	Zusammenarbeit der Agentur mit anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU und internationalen Organisationen.....	61
5.1.1	Partnerorganisationen.....	61
5.1.2	Anwendungsbereich .....	61
5.1.3	Rechtliche Rahmenbedingungen.....	62
5.1.4	Kommunikationskanäle.....	62
5.1.5	Beurteilung von Ergebnissen.....	63
5.2	Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit benachbarten Drittländern.....	63
5.2.1	Internationale Zusammenarbeit.....	63
5.2.2	Multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit.....	64
5.2.3	Abkommen .....	64
6	ÜBERWACHUNG UND EVALUIERUNG.....	65
7	ÜBERARBEITUNG DES HANDBUCHS UND ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN .....	66
8	LISTE DER INSTRUMENTE.....	67
9	LISTE DER ABKÜRZUNGEN.....	68

# 1 Einleitung

Dieses Handbuch enthält allgemeine, technische und operative Leitlinien sowie Empfehlungen und bewährte Verfahren für die Anwendung und Verwaltung des durch die Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 geschaffenen Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR).<sup>1</sup>

Adressaten des Handbuchs sind für die Mitgliedstaaten, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden „Agentur“) und die anderen mit EUROSUR befassten Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU.

Durch dieses Handbuch entstehen keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten, die Agentur oder anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU. Auch begründet es keine neuen Rechte und Pflichten für nationale, mit der Grenzüberwachung beauftragte Behörden oder andere Einrichtungen, für die das Handbuch von Belang sein könnte. Ausschließlich die Verordnung (EU) Nr. 1052/2013, auf die sich das Handbuch stützt, oder andere Rechtsakte, auf die darin Bezug genommen wird<sup>2</sup>, können verbindliche Rechtswirkungen erzeugen und vor einem nationalen Gericht geltend gemacht werden.

Das Handbuch wird auf der Grundlage der im Rahmen der Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig überprüft.

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR).

<sup>2</sup> Z. B. die Verordnung (EG) Nr. 562/2006 vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

## 2 Allgemeine Leitlinien

### 2.1 EUROSUR-Ziele und -Rahmen<sup>3</sup>

EUROSUR stellt ein auf mehrere Zwecke ausgerichtetes System zur Aufdeckung, Prävention und Bekämpfung von illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität an den Außengrenzen dar und leistet dadurch gleichzeitig einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Es soll zum Schutz und zur Rettung des Lebens von Migranten beitragen, die versuchen, die Außengrenzen zu überschreiten.

Im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele wurde mit EUROSUR ein gemeinsamer *Rahmen* für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen allen Behörden mit Zuständigkeit für die Überwachung der Land- und Seeaußengrenzen geschaffen.<sup>4</sup> EUROSUR folgt einem auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und Risikoanalysen basierenden Ansatz, der nationalen und europäischen Behörden einen besseren Überblick über das Geschehen an den Außengrenzen ermöglicht und sie in die Lage versetzt, schneller auf neue Routen und Methoden der illegalen Einwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität zu reagieren. Wesentliche Elemente dieses Ansatzes beinhalten einen echtzeitnahen Informationsaustausch, den regelmäßigen Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden auf nationaler und europäischer Ebene.

Der *EUROSUR-Rahmen* setzt sich aus mehreren Komponenten<sup>5</sup> zusammen, die wie folgt ineinandergreifen:

Auf nationaler Ebene arbeiten die Behörden über *nationale Koordinierungszentren* für die Grenzüberwachung zusammen und tauschen Informationen über *nationale Lagebilder* aus.

Auf europäischer Ebene tauschen die nationalen Koordinierungszentren über das *Kommunikationsnetz* von *EUROSUR* miteinander und mit der Agentur Informationen aus; dabei haben sie unbegrenzten Zugang zum *europäischen Lagebild* und zum *gemeinsamen Informationsbild des Grenzvorbereichs*.

Die Agentur arbeitet auch mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU (z. B. dem Europäischen Auswärtigen Dienst, Europol, Eurojust, der Agentur für Grundrechte) zusammen, um den bestmöglichen Nutzen aus den verfügbaren Informationen, Fähigkeiten und Systemen zu ziehen. Beispielsweise koordiniert die Agentur zusammen mit der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs und dem Satellitenzentrum der Europäischen Union die *gemeinsame Anwendung von Überwachungsinstrumenten*, damit den nationalen Koordinierungszentren und der Agentur selbst Überwachungsinformationen zu den Außengrenzen und zum Grenzvorbereich zur Verfügung stehen.

Mithilfe von EUROSUR können Mitgliedstaaten schneller auf Vorfälle und kritische Situationen, die sich an den Außengrenzen ereignen, reagieren. Dazu werden die Land- und Seeaußengrenzen in „Grenzabschnitte“ unterteilt, die jeweils eine Einstufung erhalten. Diese

---

<sup>3</sup> Artikel 1 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>4</sup> Bei der Überwachung der Luftgrenzen und bei Kontrollen an Grenzübergangsstellen kann der EUROSUR-Rahmen ebenfalls Anwendung finden, sofern die Mitgliedstaaten solche Informationen EUROSUR freiwillig zur Verfügung stellen.

<sup>5</sup> Nationale Koordinierungszentren, nationale Lagebilder, das EUROSUR-Kommunikationssystem, das europäische Lagebild, das gemeinsame Informationsbild des Grenzvorbereichs, die gemeinsame Anwendung von Überwachungsinstrumenten – siehe Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Vorgehensweise ermöglicht die Ermittlung von Brennpunkten („Hotspots“) an den Außengrenzen sowie eine einheitliche Reaktion auf einzelstaatlicher Ebene und die Unterstützung seitens der Agentur, sofern dies erforderlich ist.

Zur Erreichung der Ziele von EUROSUR tauschen die Mitgliedstaaten ebenfalls Informationen aus und arbeiten mit benachbarten Drittländern zusammen, und zwar auf der Grundlage von Abkommen und im Rahmen spezieller regionaler Netzwerke auf der Grundlage dieser Abkommen.

Beim Informationsaustausch und bei der Zusammenarbeit im Rahmen von EUROSUR müssen die Mitgliedstaaten und die Agentur Anforderungen zum Schutz der Grundrechte erfüllen, insbesondere den Grundsatz der Nichtzurückweisung und den Schutz personenbezogener Daten.

## 2.2 Anwendungsbereich<sup>6</sup>

Thematik	Innerhalb des Anwendungsbereichs	Optional	Außerhalb des Anwendungsbereichs
<b>Grenzkontrolle</b> (Überwachung und Kontrollen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Überwachung von Land- und Seeaußengrenzen<sup>7</sup></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Überwachung von Luftaußengrenzen</li> <li>Kontrollen an Grenzübergangsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Innengrenzen</li> </ul>
<b>Grenzüberwachung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beobachten</li> <li>Aufspüren</li> <li>Identifizieren</li> <li>Verfolgen</li> <li>Verhindern</li> <li>Abfangen bzw. Aufgreifen</li> </ul>	-	Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen nach dem Abfangen bzw. Aufgreifen (z. B. Asylverfahren, Rückübernahme, Rückführung, gerichtliche Untersuchungen)
<b>Lagebewusstsein<sup>8</sup></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ereignisse, Informationen und Analysen in Bezug auf:<sup>9</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>Unbefugte Grenzübertritte</li> </ul> </li> </ul>	Standort, Status und Art der bei einer Grenzüberwachungs-/Strafverfolgungsoperation in den	Standort, Status und Art von nicht zur Unterstützung von Strafverfolgungsoperationen eingesetzten

<sup>6</sup> Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013

<sup>7</sup> Einschließlich vorläufiger Außengrenzen.

<sup>8</sup> Im Hinblick auf die Seeaußengrenzen unterstützt EUROSUR die Entwicklung eines gemeinsamen Raums für den Austausch von Informationen (Common Information Sharing Environment – CISE) für die Überwachung des maritimen Bereichs der Union. Wenn CISE eingeführt ist, wird es einen breiter angelegten Rahmen für das maritime Lagebewusstsein bieten, indem es einen bereichsübergreifenden Informationsaustausch zwischen Behörden in der Union ermöglicht, von der Sicherheit des Seeverkehrs bis hin zu Fischereiaufsicht, dem Schutz der Meeresumwelt, der Zollermittlung, Grenzkontrolle, allgemeinen Strafverfolgung und Verteidigung.

<sup>9</sup> Durch die Bestimmungen in diesem Handbuch ändern sich nicht die Anforderungen an die nationalen Behörden hinsichtlich des Informationsaustausches über andere, auf EU-Rechtsvorschriften basierende spezielle Systeme (wie z. B. die Zollbehörden, über das gemeinschaftliche Zollrisikomanagementverfahren, auf der Grundlage der Kommissionsverordnung (EWG) Nr. 2454/93).

	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Grenzüberschreitende Kriminalität</li> <li>– Risiko für das Leben von Migranten</li> <li>• Standort, Status und Art der</li> <li>– Kräfte nationaler Behörden mit Zuständigkeit für die Außengrenzüberwachung im nationalen Lagebild (national situational picture – NSP)</li> <li>– Kräfte der Agentur im europäischen Lagebild (European situational picture – ESP) und im gemeinsamen Informationsbild des Grenzvorbereichs (common pre-frontier intelligence picture – CPIP)</li> </ul>	benachbarten Außengrenzabschnitten eines anderen Mitgliedstaats eingesetzten Kräfte	militärischen Kräften
<b>Reaktionsfähigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unbefugte Grenzübertritte</li> <li>• Grenzüberschreitende Kriminalität</li> </ul>	-	Koordination von Such- und Rettungsoperationen auf See
<b>Personenbezogene Daten</b>	Personenbezogene Daten in Bezug auf Schiffsidentifizierungsnummern im ESP/CPIP	Personenbezogene Daten im NSP	Sonstige personenbezogene Daten im ESP/CPIP

### 2.3 Begriffsbestimmungen für die Zwecke dieses Handbuchs<sup>10</sup>

- 1) „Beobachten“ bezeichnet das Beobachten einer Situation oder eines geografischen Gebiets.
- 2) „Aufspüren“ bezeichnet das Erfassen der Anwesenheit und des Aufenthaltsorts eines Objekts von Interesse.

<sup>10</sup> Siehe Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013. Begriffe im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Daten sind gemäß ihrer Definition im gemeinsamen integrierten Risikoanalysemodell (Common Integrated Risk Analysis Model – CIRAM), Version 2.0, zu verwenden.



- 3) „Identifizieren“ bezeichnet die eindeutige Feststellung der Identität oder bestimmter Merkmale eines Objekts von Interesse.
- 4) „Verfolgen“ bezeichnet die Ermittlung früherer, gegenwärtiger und zukünftiger Aufenthaltsorte eines Objekts von Interesse.
- 5) „Verhindern“ bezeichnet Aktivitäten, die das Ausführen einer bestimmten Aktion erschweren oder unmöglich machen.
- 6) „Abfangen/Aufgreifen“ bezeichnet Maßnahmen, die ergriffen werden, um ein Objekt von Interesse an der weiteren Ausführung seines Vorhabens zu hindern.
- 7) „Nationale Behörden“ bezeichnet alle Behörden mit Zuständigkeit für die Überwachung der Land- und Seeaußengrenzen nach Maßgabe des nationalen Rechts und, sofern zutreffend, mit Zuständigkeit für Kontrollen an Grenzübergangsstellen und die Überwachung der Luftgrenzen.
- 8) „Nationales Grenzüberwachungssystem“ bezeichnet eine einzelne Struktur oder kombinierte Überwachungs- und Beobachtungssysteme, durch die die Überwachungsaktivitäten unter der Koordination des nationalen Koordinierungszentrums nach Maßgabe des nationalen Rechts an den Außengrenzen eines Mitgliedstaats gebündelt werden und der Informationsaustausch zwischen allen nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Außengrenzüberwachung gefördert wird.
- 9) „Eigene Kräfte“ bezeichnet mobile und ortsfeste Ausrüstung und personelle Mittel, die einem Mitgliedstaat oder der Agentur zur Beobachtung und Durchführung von Patrouillen an den Außengrenzen zur Verfügung stehen.
- 10) „Status von Kräften“ bezeichnet die Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit der Kräfte.
- 11) „Ereignis“ bezeichnet entweder einen Vorfall (eine Situation im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung, grenzüberschreitender Kriminalität oder einer Bedrohung des Lebens von Migranten) oder eine Krisensituation (z. B. in einem benachbarten Drittland) oder jede andere Situation, die erhebliche Auswirkungen auf die Grenzsicherheit hat.
- 12) „Unbefugte Grenzübertritte“ bezeichnet jegliches Überschreiten der Grenze an oder außerhalb von Grenzübergangsstellen, das nicht im Einklang mit den Vorschriften für das Überschreiten der Außengrenzen im Schengener Grenzkodex steht.
- 13) „Personenbezogene Daten“ bezeichnet alle Informationen über bestimmte oder bestimmbar natürliche Personen („betroffene Person“); als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind.
- 14) „Verarbeitung personenbezogener Daten“ bezeichnet jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Benutzung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Sperren, Löschen oder Vernichten.
- 15) „Benachbartes Drittland“ bezeichnet ein Drittland, das entweder über eine Land- oder über eine Seegrenze zu einem Mitgliedstaat verfügt oder an einem gemeinsamen Meeresbecken mit einem Mitgliedstaat liegt.

## **2.4 Schutz der Grundrechte und Maßnahmen zur Rettung des Lebens von Migranten<sup>11</sup>**

1. Die nationalen Behörden erfüllen die Bestimmungen internationaler und europäischer Instrumente im Bereich der Grundrechte<sup>12</sup> und insbesondere die Asylvorschriften der EU sowie die Bestimmungen des internationalen Flüchtlingsrechts. Sie achten die Menschenwürde von Personen, die an illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität beteiligt sind, und dürfen niemanden aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der sozialen Lage oder der ethnischen Herkunft, der Sprache, Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminieren. Alle getroffenen Maßnahmen im Rahmen der Ausübung ihrer Pflichten müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den dadurch angestrebten Zielen stehen.
2. Bei der Erhebung von Daten im Rahmen von Grenzüberwachungsaktivitäten müssen das Recht auf Privatsphäre und der Schutz personenbezogener Daten bei jeder Person nach Maßgabe der nationalen und der EU-Rechtsvorschriften eingehalten werden.
3. Die Behörden halten sich an ihre Verpflichtung, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten und während einer Seeüberwachungsoperation sicherzustellen, dass sich ihre beteiligten Einsatzkräfte an diese Verpflichtung halten, nach Maßgabe des internationalen Rechts und unter Einhaltung der Grundrechte. Im Rahmen der von der Agentur koordinierten operativen Zusammenarbeit beachten sie die durch die Verordnung (EU) Nr. 656/2014 bestimmten Vorschriften.<sup>13</sup>
4. Wenn Personen medizinische Versorgung benötigen, einschließlich Schwangere oder Verletzte, kranke oder dehydrierte Personen, muss das zuständige Koordinierungszentrum (Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung, lokales, regionales oder nationales Koordinierungszentrum, entsprechend der jeweiligen Situation) sicherstellen, dass die notwendigen Maßnahmen, wie beispielsweise die Anforderung medizinischer Versorgung, unverzüglich ergriffen werden. Die Sicherheit der betroffenen Besatzung und Menschen hat höchste Priorität und alle Maßnahmen sind auf eine Weise durchzuführen, dass die Sicherheit jederzeit gewährleistet ist.
5. Grenzschutzbeamte und das Personal aller zuständigen nationalen Behörden erhalten Schulungen zur Identifizierung und zum Umgang mit Kindern und schutzbedürftigen Menschen<sup>14</sup> und zur Unterstützung dieser Menschen durch Ergreifen geeigneter Schutz- und Hilfsmaßnahmen.<sup>15</sup> Das Personal erhält Informationen über nationale Leitsysteme<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>12</sup> Dazu gehören die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 sowie das zugehörige Protokoll von 1967.

<sup>13</sup> Verordnung (EU) Nr. 656/2014 vom 15. Mai 2014 zur Festlegung von Regelungen für die Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union koordinierten operativen Zusammenarbeit.

<sup>14</sup> Z. B. Schwangere, Frauen mit kleinen Kindern, unbegleitete Minderjährige, Menschen, die der Ausbeutung ausgesetzt oder bereits Opfer von Ausbeutung oder Menschenhandel sind. Siehe auch das VEGA Children Handbook (Frontex, 2015) und die *Guidelines on the identification of victims of trafficking in human beings in particular for consular services and border guards* (Europäische Kommission, 2013).

<sup>15</sup> Siehe Kapitel 1.7 des gemeinsamen Kernlehrplans.

<sup>16</sup> Z. B. für Opfer des Menschenhandels und für den Schutz von Kindern.

und über die Beweissicherung für Verbrechen an der Grenze für mögliche zukünftige Gerichtsverfahren.

6. Die nationalen Behörden stellen unter voller Wahrung des Grundsatzes der *Nichtzurückweisung* sicher, dass Menschen, die internationalen Schutz suchen, identifiziert werden, angemessene Hilfe erhalten und hinreichend über ihre Rechte informiert werden und darüber, wie sie entsprechende Verfahren in Anspruch nehmen können (einschließlich der Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen), und zügig an die nationalen Behörden überwiesen werden, die für die Entgegennahme ihres Asylantrags zuständig sind.
7. Um einen Beitrag zum Schutz und zur Rettung des Lebens von Migranten auf See leisten zu können, müssen nationale Kommunikationskanäle und Arbeitsabläufe zwischen dem nationalen Koordinierungszentrum (NCC) und der Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung (Maritime Rescue Coordination Centre – MRCC) eingerichtet werden, damit der rechtzeitige Informationsaustausch gesichert ist. Dieser Informationsaustausch sollte unter vollständiger Berücksichtigung der Tatsache erfolgen, dass die MRCC ausschließlich für die Koordinierung von Einsätzen im Zusammenhang mit Such- und Rettungs- (Search and Rescue – SAR) Ereignissen zuständig ist und nach Maßgabe bestimmter internationaler SAR-Rechtsinstrumente handelt.<sup>17</sup> Ein solcher Informationsaustausch könnte Folgendes beinhalten:
  - a) Informationen über den Status und die Position von Patrouillenkräften (wichtig für beide Zentren zur Einschätzung ihrer Reaktionsfähigkeit).
  - b) Ergebnisse von Risikoanalysen, die das NCC der MRCC mitteilt, da Migrantenströme möglicherweise zu hohen Risiken für das Leben von Menschen auf See führen können.
  - c) MRCC und NCC können ihre Kapazitäten zur satellitengestützten und terrestrischen Kommunikation und zur Verfolgung von Objekten gemeinsam nutzen, einschließlich der über die Agentur bereitgestellten Kapazitäten.
  - d) Information der MRCC über Vorfälle, die zunächst keine SAR-Maßnahmen erfordern, diese jedoch zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich machen könnten, damit diese in Bereitschaft sind, sollten sich die Bedingungen verschlechtern und eine SAR-Maßnahme erforderlich werden. Gleichmaßen sollte das NCC über alle SAR-Vorfälle, bei denen Migranten beteiligt sind, informiert werden.
  - e) Das NCC kann die MRCC bei der Wahl des Ausschiffungsorts unterstützen, sollte dies nötig sein (die Entscheidung darüber ist im Rahmen von SAR-Einsätzen von der MRCC zu treffen). Dies kann im Hinblick auf weitere Vorkehrungsmaßnahmen (wie z. B. die Schaffung lokaler Verwaltungskapazitäten und Aufnahmekapazitäten des Aufnahmelandes bei der Ausschiffung) von Bedeutung sein.

*Bewährte Praktiken:* Die MRCC und das NCC schließen eine formelle Vereinbarung über den Informationsaustausch unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen, um so eine reibungslose Zusammenarbeit sicherzustellen. Darin können beispielsweise der Einsatz von Verbindungsbeamten, die Liste der auszutauschenden Produkte und Berichte, möglicherweise der gegenseitige Zugriff auf IT-Systeme (nach dem Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig“ und nach Maßgabe der nationalen Vorschriften zum Datenschutz) sowie regelmäßige Treffen

<sup>17</sup> Das Internationale Übereinkommen von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See oder andere internationale Übereinkommen unter dem Dach der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation.

des Personals beider Zentren sowohl auf Führungs- als auch auf Arbeitsebene geregelt werden.

Bei Grenzüberwachungsoperationen eingesetzte Patrouillenkräfte sollten für SAR-Einsätze ausgerüstet sein.

8. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit einem benachbarten Drittland halten sich die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtungen nach Maßgabe des EU- und des internationalen Rechts, insbesondere an den Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Datenschutzbestimmungen. Sie dürfen keine Informationen weitergeben, die vom Drittland zur Identifizierung von Personen oder Personengruppen benutzt werden könnten, deren Ersuchen auf Zugang zu internationalem Schutz geprüft wird oder die ernsthaft dem Risiko der Folter sowie der unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung oder Bestrafung oder irgendeiner anderen Verletzung von Grundrechten ausgesetzt sind.

*Bewährte Praktiken:* Das NCC entwickelt eine Standardarbeitsanweisung für den Informationsaustausch mit Drittländern. Diese Anweisung sollte die Überprüfung beinhalten, ob das NCC Kenntnis darüber hat oder haben sollte, dass das Drittland weitergegebene Informationen verwenden wird oder wahrscheinlich verwenden wird, um gegen Grundrechte zu verstoßen, und zwar dahingehend, dass Informationen in diesem Fall dann nicht weitergegeben werden. Es könnte ein elektronisches Logbuch mit dem Datum, dem Namen des Drittlandes und der Art der weitergegebenen Informationen geführt werden.

### 3 Operative Leitlinien

#### 3.1 Nationales Koordinierungszentrum<sup>18</sup>

##### 3.1.1 Funktionen und Aufgaben

Das NCC koordiniert die Tätigkeiten und tauscht die Informationen zwischen allen nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Überwachung der Land- und Seeaußengrenze sowie mit den anderen NCC und der Agentur aus. Die Organisationsstruktur und Personalausstattung des NCC gestaltet sich entsprechend den nationalen Gegebenheiten, insbesondere entsprechend der Einstufung der Auswirkungen, die für die jeweiligen Abschnitte der Außengrenzen vorgenommen wird, und abhängig davon, wie das NCC in die Behörde integriert ist, der es zugeordnet ist. Die Aktivitäten des NCC werden vom Leiter des NCC gesteuert. Seine Funktionen und Aufgaben sind in nachstehender Tabelle dargestellt.

Funktionen	Aufgaben <sup>19</sup>
<b>Leitung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– Beobachtung und Überwachung der NCC-Aktivitäten, einschließlich Einhaltung von Grundrechten</li><li>– Führung und Verwaltung des NCC-Personals</li><li>– Gewährleistung der Sicherheit des NCC (Personal, Gebäude, IKT)</li></ul>
<b>Lagebewusstsein und</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– Erstellung und Verbreitung des nationalen Lagebilds in diesem Zusammenhang</li></ul>

<sup>18</sup> Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>19</sup> Diese Aufgaben können entweder vom NCC selbst oder von anderen nationalen Behörden oder Stellen innerhalb der nationalen Behörde, in die das NCC integriert ist, wahrgenommen werden, vorausgesetzt, sie arbeiten mit dem NCC zusammen.

<b>Risikoanalyse</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Überwachung der Einsatzsituation an der Außengrenze und Erhebung operativer und strategischer Informationen</li> <li>– Erhebung, Verarbeitung, Einschätzung, Validierung, Filtern und Zusammenführung von Lageinformationen (Vorfälle, Kräfte, nachrichtendienstliche Erkenntnisse<sup>20</sup>) auf nationaler Ebene</li> <li>– Übertragung und Erstellung von Produkten bei der Anwendung des NSP</li> <li>– Analyse von Mustern und Trends bei der illegalen Einwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität</li> <li>– Entwicklung und Ermittlung nachrichtendienstlicher Anforderungen und Erstellung von Risikoanalyseprodukten zur gemeinsamen Nutzung im NSP, ESP und CPIP zur Entscheidungsunterstützung</li> </ul>
<b>Reaktionsfähigkeit<sup>21</sup></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Überwachung der effizienten Umsetzung operativer Maßnahmen auf lokaler/regionaler Ebene und Beurteilung der nationalen Leistungsfähigkeit in diesem Zusammenhang</li> <li>– Sicherstellung der reibungslosen Zusammenarbeit der Behörden auf lokaler/regionaler Ebene</li> <li>– Einschätzung des Bedarfs an zusätzlicher Unterstützung auf lokaler/regionaler Ebene</li> <li>– Bewertung nationaler Einsätze und des Beitrags zu gemeinsamen/bilateralen Aktionen</li> </ul>
<b>Verbindungsstrukturen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Treffen von Arbeitsvereinbarungen und Schaffen von Verbindungsstrukturen zwischen nationalen Behörden</li> <li>– Pflege von Kontakten innerhalb des Netzes der Verbindungsbeamten</li> <li>– Erhalt/Gewährung von Unterstützung von der/für die Agentur (nationale Frontex-Kontaktstelle (National Frontex Point of Contact – NFPOC))</li> </ul>
<b>Planung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Unterstützung der Planung der nationalen Grenzverwaltung und des Kompetenzaufbaus</li> <li>– Unterstützung der Planung langfristiger Überwachungsaktivitäten</li> </ul>
<b>IKT</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Betreiben, Überwachung, Support, Wartung und Weiterentwicklung von IKT-Systemen</li> </ul>
<b>Verfügbarkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Sicherstellen der 24/7-Verfügbarkeit des NCC-Personals (z. B. während Nachtschichten)</li> <li>– Kontaktmanagement in Notfällen</li> <li>– Erstellung und Betreuung von Telefon- und Checklisten</li> </ul>

Das Personal des NCC muss über ausreichende Fremdsprachenkenntnisse verfügen, um in der Lage zu sein, mit benachbarten und anderen NCC zusammenzuarbeiten. Das NCC muss über ausreichend qualifizierte interne oder externe Übersetzungskapazitäten verfügen, um den zeitnahen Austausch von Informationen zu gewährleisten.

<sup>20</sup> Dies kann frei zugängliches Wissen (Open Source Intelligence – OSINT), die Informationsgewinnung mittels menschlicher Quellen (Human Intelligence – HUMINT), die Informationsgewinnung durch Satelliten- und Luftbilder (Imagery Intelligence – IMINT) und die Signalaufklärung (Signals Intelligence – SIGINT) beinhalten.

<sup>21</sup> Der zuständigen nationalen Behörde obliegt die Befehlsgewalt und Kontrolle über Kräfte und Ressourcen. Das NCC hat eine koordinierende und strategische Rolle, und, entsprechend der Aufteilung der Verantwortlichkeiten auf nationaler Ebene, eventuell auch eine operative Rolle inne.



Wenn ein Mitgliedstaat, in dem eine operative Maßnahme stattfindet, die von der Agentur koordiniert wird (z. B. eine gemeinsame Aktion), kann es die vom NCC oder von untergeordneten Zentren bereitgestellte Infrastruktur nutzen.

### **3.1.2 Für die Grenzüberwachung zuständige nationale Behörden<sup>22</sup>**

Zur Koordinierung ihrer Aktivitäten stehen die Vertreter der nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Überwachung der Land- und Seeaußengrenzen innerhalb des NCC im ständigen Austausch.

Das NCC kann ferner Informationen über die Überwachung der Luftgrenzen und über Kontrollen an Grenzübergangsstellen bereitstellen, sofern Mitgliedstaaten dies beschließen. In diesem Fall wird empfohlen, dass Vertreter der nationalen Behörden mit Zuständigkeit für Kontrollen an Grenzübergangsstellen und die Überwachung der Luftgrenzen auch im NCC mitarbeiten.

Zum NCC können je nach Bedarf Verbindungsbeamte anderer nationaler Behörden oder anderer zuständiger Stellen gehören.

### **3.1.3 Zusammenarbeit mit anderen nationalen Behörden<sup>23</sup>**

Abhängig von der nationalen Kompetenzverteilung und unbeschadet etwaiger Verpflichtungen im Rahmen der Rechtsvorschriften, die ihre Tätigkeiten regeln, tauscht das NCC über die entsprechenden Kanäle mit folgenden nationalen Behörden regelmäßig Informationen aus und arbeitet mit diesen zusammen:

- a) Küstenwache
- b) Polizei/Gendarmerie
- c) Zollbehörden<sup>24</sup>
- d) Nationalgarde
- e) Streitkräfte
- f) Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung (MRCC)
- g) Migrationsbehörden
- h) Asylbehörden

Das NCC kann über die entsprechenden Kanäle mit weiteren nationalen Behörden Informationen austauschen und mit diesen zusammenarbeiten, unter anderem mit den folgenden:

- a) Seeschifffahrtsbehörde
- b) Fischeraufsichtsbehörde
- c) Ins Ausland entsandte Verbindungsbeamte
- d) Tierärztliche und pflanzengesundheitliche Dienste

---

<sup>22</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a und Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>23</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>24</sup> Siehe Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates sowie Artikel 3 und Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung Nr. 952/2013 (Zollkodex der Union, anwendbar ab dem 1.5.2016). In Anbetracht ihrer Rolle bei der Kontrolle der Bewegungen von über die Außengrenzen hinweg verbrachten Waren und ihrer Verantwortlichkeiten im Bereich Risikoanalyse und Risikomanagement können die Zollbehörden einen Vertreter benennen, der im NCC arbeitet.

- e) Staatsanwaltschaft
- f) Konsularabteilung des Außenministeriums, Botschaften und Konsulate
- g) SIRENE-Büro
- h) Für die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zuständige Behörden
- i) Verkehrsbehörden
- j) Zivilschutzdienste
- k) Umweltschutzdienste
- l) Nachrichtendienste
- m) Behörden mit Zuständigkeit für Leitsysteme für Opfer des Menschenhandels und für Systeme für andere schutzbedürftige Gruppen wie Kinder
- n) Gesundheitsbehörden

### 3.1.4 Verwaltung von Ressourcen und Personal<sup>25</sup>

Das NCC unterstützt die effektive Verwaltung von Ressourcen und Personal durch die nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Außengrenzüberwachung. In diesem Rahmen unterstützt das NCC die Planung und Umsetzung von Grenzüberwachungstätigkeiten, unter anderem durch Folgendes:

- a) Erstellung und Aktualisierung einer *Übersicht über alle verfügbaren Kräfte*, die den nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Grenzüberwachung unterstellt sind, einschließlich der Einsatzbereitschaft, Art und Verwendung der Kräfte in der Einsatzschicht des nationalen Lagebilds.
- b) Koordination dahingehend, dass auf nationaler Ebene verfügbare Kräfte auf die Grenzabschnitte verteilt werden, und zwar entsprechend den für die jeweiligen Grenzabschnitte vorgenommenen Einstufungen.

Dies kann die *Neuzuteilung von Kräften*, die von einer nationalen Behörde eines Grenzabschnitts einer anderen bereitgestellt werden, oder die *Zuteilung zusätzlicher Kräfte* beinhalten, die von einer anderen nationalen Behörde zur Verstärkung der Überwachungsmaßnahmen an einem bestimmten Grenzabschnitt bereitgestellt werden.

Im Hinblick darauf stellt das NCC sicher, dass die notwendigen Arbeitsabläufe und Vorkehrungen getroffen sind, damit eine Neuzuteilung von Kräften mit der Zustimmung der zuständigen nationalen Behörden schnell erfolgen kann.

- c) Unterstützung des nationalen *Kapazitätsaufbaus für die Grenzüberwachung und gegebenenfalls Kontrollen an Grenzübergangsstellen* in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Behörden. Dies kann die Ermittlung von Lücken und die Ermittlung des Bedarfs in Bezug auf Folgendes umfassen:
  - Datenerhebung durch verschiedene Systeme, Sensoren, Patrouillen und andere Quellen;
  - Kenntnisse und Tools zur Analyse von Daten;
  - ortsfeste und mobile Kräfte;

<sup>25</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

- ausreichende Verfügbarkeit von Personal und geeignete Personalprofile;
  - Schulung, einschließlich Schulung des NCC-Personals.
- d) Unterstützung der *Planung, Umsetzung und Anpassung von Maßnahmen* auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie auf Unionsebene in Zusammenarbeit mit der Agentur. Diese kann sich auf Themenbereiche beziehen wie Kommunikation, die Beschaffung interoperabler Ausrüstung und die Erarbeitung einer nationalen Strategie für die Grenzkontrolle.

### **3.1.5 Nationales Lagebild<sup>26</sup>**

Das NCC erstellt und betreut das nationale Lagebild, indem es Lageinformationen auswertet, den nationalen nachrichtendienstlichen Prozess steuert und im Einklang mit den Bestimmungen von Kapitel 3.2 dieses Handbuchs Analyseprodukte entwickelt. Das NCC tauscht mit den zuständigen nationalen Behörden regelmäßig Informationen über das nationale Lagebild aus.

### **3.1.6 Planung und Durchführung der nationalen Überwachungstätigkeiten<sup>27</sup>**

Das NCC unterstützt die Planung und Durchführung der nationalen Überwachungstätigkeiten, indem es Überwachungstätigkeiten auf lokaler, regionaler, nationaler und Unionsebene beobachtet, und unterbreitet Vorschläge zur Anpassung bestehender Praktiken durch gewonnene Erkenntnisse.

### **3.1.7 Nationales Grenzüberwachungssystem<sup>28</sup>**

Jeder Mitgliedstaat mit Land- und Seeaußengrenzen erstellt und betreut ein nationales Grenzüberwachungssystem, das aus einer einzelnen Struktur oder aus kombinierten Überwachungs- und Beobachtungssystemen besteht. Überwachungstätigkeiten an jedem Außengrenzabschnitt sind auf die für diesen Abschnitt vorgenommene Einstufung abgestimmt (siehe Kapitel 3.3.6); zur Anwendung kommen ortsfeste und mobile Ausrüstung und Patrouillen.

Das NCC koordiniert das nationale Grenzüberwachungssystem nach Maßgabe nationalen Rechts, indem es das reibungslose Funktionieren des Systems, einschließlich der zugewiesenen Einstufungen und operativen Verfahren, überwacht, und es leistet einen Beitrag zur Entwicklung des Systems und der benötigten Verfahren.

Das NCC verfügt über direkten und echtzeitnahen Zugriff auf die relevanten Teile des nationalen Grenzüberwachungssystems, einschließlich auf untergeordnete Systeme, die auf lokaler/regionaler Ebene eingerichtet wurden, und auf Überwachungssysteme, die von anderen nationalen Behörden verwaltet werden. Wenn das NCC Informationen über einen bestimmten Grenzabschnitt von zwei oder mehr nationalen Überwachungssystemen erhält, führt es diese Informationen zusammen.

### **3.1.8 Messung der Auswirkungen<sup>29</sup>**

Das NCC trägt zur regelmäßigen Messung der Auswirkungen nationaler Grenzüberwachungstätigkeiten bei, indem es Informationen sammelt und analysiert und eine Übersicht über Ereignisse und durchgeführte Gegenmaßnahmen erstellt, unter anderem über deren Wirksamkeit sowie die eingesetzten Ressourcen und das eingesetzte Personal.

<sup>26</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>27</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe e der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>28</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>29</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.



### **3.1.9 Kooperation mit anderen NCC<sup>30</sup>**

Im Rahmen von EUROSUR ist das NCC die zentrale Kontaktstelle für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen NCC sowie mit der Agentur.

### **3.1.10 Betriebszeiten<sup>31</sup>**

Das NCC ist rund um die Uhr und sieben Tage pro Woche in Betrieb und stellt sicher, dass mindestens ein diensthabender Offizier/Schichtleiter anwesend ist.

### **3.1.11 Mitteilung über die Einrichtung und Überwachung des NCC<sup>32</sup>**

Jeder Mitgliedstaat muss die Europäische Kommission darüber in Kenntnis setzen, dass sein NCC eingerichtet wurde. Die Kommission stellt den Mitgliedstaaten und der Agentur regelmäßig einen technischen Bericht über die Einrichtung und Entwicklung der NCC zur Verfügung.

Das NCC informiert die Agentur regelmäßig über relevante Entwicklungen hinsichtlich seiner Tätigkeiten und Strukturen. Dies kann Informationen über erweiterte Zuständigkeiten, Funktionen und Aufgaben umfassen, die dem NCC zugewiesen wurden, zusätzliche Behörden, die mit dem NCC zusammenarbeiten, technische Neuerungen oder andere relevante Informationen.

### **3.1.12 Übertragung von Aufgaben an andere nationale Behörden<sup>33</sup>**

Die Mitgliedstaaten können regionalen und lokalen Behörden, Behörden mit Zuständigkeit in einem bestimmten Sachbereich oder anderen Behörden die Verantwortung übertragen, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich ein angemessenes Lagebewusstsein und Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten, sofern die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- 1) sie sind in der Lage, operative Entscheidungen zu treffen;
- 2) die übertragenen Aufgaben tragen zu einem wirksamen und effizienten Ressourcen- und Personalmanagement bei, unterstützen die Planung und Durchführung nationaler Grenzüberwachungstätigkeiten oder leisten einen Beitrag zur Koordinierung der nationalen Grenzüberwachungssysteme; und
- 3) dieser Beschluss wirkt sich nicht auf die Fähigkeit des NCC zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch mit anderen NCC und der Agentur aus.

In zuvor festgelegten Fällen kann das NCC regionale und lokale Behörden, Behörden mit Zuständigkeit in einem bestimmten Sachbereich oder andere Behörden ermächtigen, mit den regionalen Behörden oder dem NCC eines anderen Mitgliedstaats oder mit den zuständigen Behörden eines Drittlands zu kommunizieren und Informationen auszutauschen, vorausgesetzt, dass die Behörde das NCC regelmäßig über ihre Kommunikation und ihren Informationsaustausch informiert.

Wenn das NCC Grenzüberwachungstätigkeiten mit Behörden mit Zuständigkeit in einem bestimmten Sachbereich oder anderen Behörden koordiniert, stellt es sicher, dass die Zuständigkeiten und die Eigenständigkeit (d. h. Kommando- und Kontrollfunktionen) dieser Behörden in vollem Umfang geachtet werden.

---

<sup>30</sup> Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe h der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>31</sup> Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>32</sup> Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>33</sup> Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

### 3.1.13 Interne Verfahrensvorschriften

Die für das NCC zuständige Behörde hat interne *Verfahrensvorschriften*, die Angaben zur Vorgehensweise beim Austausch von Informationen und bei der Zusammenarbeit mit zuständigen nationalen Behörden enthalten. Diese Verfahrensvorschriften enthalten auch Vorschriften über die Handhabung, Aufbewahrung, Übermittlung, Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten sowie nicht geheimer sensibler und geheimer Informationen.

### 3.1.14 Zusammenarbeit zwischen den Behörden auf nationaler Ebene

Jeder Mitgliedstaat legt die Zuständigkeitsverteilung zwischen seinen nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Außengrenzüberwachung fest. Nationale Behörden müssen die Zuständigkeitsbereiche der anderen nationalen Behörden respektieren und dürfen keine Maßnahmen ergreifen, die direkt oder indirekt die anderen Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beeinflussen.

Wenngleich es kein einheitliches Modell für die Zusammenarbeit zwischen Behörden gibt, so ermöglicht eine verbesserte Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Zivil- und Militärbehörden, eine wirksamere und kosteneffizientere Nutzung von auf nationaler Ebene verfügbaren Informationen, Kapazitäten und Systemen.

Entsprechend dem Umfang der Zusammenarbeit und den Zuständigkeiten der zuständigen Behörden nach Maßgabe des nationalen Rechts kann diese Zusammenarbeit Folgendes umfassen:

- a) *Informationsaustausch*: Die nationalen Behörden tauschen Informationen aus, die aus ihren eigenen Systemen stammen, sowie aus der Ereignis-, Einsatz- und Analyseschicht des NSP. Die nationalen Behörden können auch (vorzugsweise echtzeitnahe) Informationen austauschen, die aus ihrer eignen lokalen Überwachungsinfrastruktur stammen (d. h. Radarstationen, Überwachung von UKW-Frequenzen).
- b) *Zusammenarbeit*: Die nationalen Behörden können ausgewählte Überwachungsinfrastrukturen gemeinsam nutzen bzw. verwalten (einschließlich der gemeinsamen Errichtung und Instandhaltung z. B. von Radarstationen), sich gegenseitig kontrollierten Zugang zu ihren Systemen und Datenbanken gewähren (auf der Basis „Kenntnis nur, wenn nötig“), gemeinsame Risikoanalysen durchführen und ihre Patrouillentätigkeit koordinieren. Soweit möglich, sollten die nationalen Behörden hierfür das NCC heranziehen.
- c) *Unterstützung*: Eine nationale Behörde (z. B. eine Militärbehörde) kann einer anderen (z. B. der Grenzwatche) Unterstützung bieten, indem sie Grenzüberwachungsaufgaben übernimmt. Die Verantwortung sowie die Befugnisse zur Durchführung der Aufgabe verbleiben bei der ursprünglichen Stelle. Die zuständigen nationalen Behörden müssen das NCC über den Umfang, die Dauer und andere relevante Informationen im Zusammenhang mit der Unterstützungsmaßnahme informieren.
- d) *Integration*: Im besten Fall werden ein einzelnes nationales System und/oder ein einziges nationales Zentrum von verschiedenen nationalen Behörden für die Durchführung verschiedener Überwachungsaufgaben (z. B. die Grenzkontrolle, Fischereiaufsicht, Such- und Rettungseinsätze) genutzt. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass einer nationalen Behörde im Rahmen nationaler Rechtsvorschriften die Zuständigkeit für die Durchführung mehrerer Überwachungsaufgaben zugewiesen wird.

Es können verschiedenen Formen der Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden:

- das *Personal* einer nationalen Behörde stellt einer anderen nationalen Behörde operative, analytische, technische und verwaltungstechnische Informationen und Unterstützungsleistungen zur Verfügung;
- die Überwachungs- und Kommunikationsinfrastruktur wird gemeinsam genutzt, um das Lagebewusstsein insgesamt zu verbessern;
- die Verwendung von *Ausrüstung* (z. B. von Kräften für Patrouillentätigkeiten) wird koordiniert, um die Reaktionsfähigkeit insgesamt zu verbessern;
- *Standardarbeitsanweisungen* für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit sind vorhanden;
- Personal anderer Behörden erhält *Schulungen*, wodurch ein besseres gegenseitiges Verständnis und Wissenstransfer entsteht.

Durch Vereinbarungen zwischen den zuständigen Behörden sollten der Umfang und die Modalitäten für die Zusammenarbeit sowie die rechtlichen, operativen und finanziellen Verpflichtungen der einzelnen Partner festgelegt werden. Bevorzugt sollten bestehende Vereinbarungen verwendet oder angepasst werden, bevor neue Vereinbarungen abgeschlossen werden.

### **3.1.15 Liste der Kontaktstellen**

Das NCC erstellt und betreut eine Liste der Kontaktstellen der nationalen Behörden, mit denen es zusammenarbeitet und Informationen austauscht.

## **3.2 Lagebewusstsein**

### **3.2.1 Beziehung zwischen den Lagebildern und ihren verschiedenen Schichten<sup>34</sup>**

Das vom NCC betreute nationale Lagebild (NSP) liefert ein Lagebild auf nationaler Ebene, während das europäische Lagebild (ESP) und das gemeinsame Informationsbild des Grenzvorbereichs (CPIP), die von der Agentur betreut werden, ein Lagebild auf europäischer Ebene liefern. Welche Beziehung zwischen diesen Bildern besteht und welchen Platz sie innerhalb des EUROSUR-Rahmens einnehmen, lässt sich wie folgt beschreiben:

#### **1) NSP**

Die NCC sind für die Erstellung und Betreuung des nationalen Lagebilds im jeweiligen Mitgliedstaat verantwortlich. Es ist die Summe aller Informationen, die ein Mitgliedstaat EUROSUR bereitstellt, und spiegelt folglich die Herkunft der darin enthaltenen Daten, Informationen und nachrichtendienstlichen Erkenntnisse wider. Bei der Erstellung des NSP können technische Plattformen genutzt werden, die den erforderlichen Informationsaustausch ermöglichen und dem Mitgliedstaat erlauben, relevante Informationen echtzeitnah für das europäische Lagebild und das gemeinsame Informationsbild des Grenzvorbereichs zur Verfügung zu stellen.

#### **2) Beziehung zwischen dem ESP und dem CPIP**

Das ESP bietet einen Gesamtüberblick über die Lage an den Außengrenzen, und zwar basierend auf den von den NCC und der Agentur bereitgestellten Daten. Es umfasst Informationen aus den NSP und der gemeinsamen Anwendung von Überwachungsinstrumenten. Das CPIP greift auf Informationen und nachrichtendienstliche

---

<sup>34</sup> Artikel 8 bis 11 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Erkenntnisse über Gebiete jenseits der Außengrenzen zurück. Ein Schwerpunkt liegt auf der Bereitstellung von Diensten, unter anderem prognostischen analytischen Diensten, die auch Meeresgebiete sowie Herkunfts- und Transitdrittländer einbeziehen. Diese beiden Bilder werden zusammengeführt und bieten somit eine geografische Kontinuität. Beide Bilder werden von den Mitgliedstaaten gemeinsam genutzt und stehen der Agentur zur Verfügung.

### 3) *Beziehung zwischen dem NSP und dem ESP/CPIP*

Die Inhalte des NSP und des ESP/CPIP können sich teilweise überschneiden, da Teile des NSP, die der Agentur und den anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden, inhärente Bestandteile des ESP/CPIP sind. Die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 (z. B. Beschränkungen für die Weitergabe personenbezogener Daten)<sup>35</sup> gelten für alle Informationen aus den NSP, die Bestandteil des ESP/CPIP werden.

Sämtliche im NSP enthaltenen Informationen, die der Agentur nicht zur Verfügung gestellt werden, werden nach Maßgabe der Bestimmungen behandelt, die die NSP regeln. Diese Bestimmungen gelten auch für den Austausch von Informationen zwischen zwei oder mehr benachbarten Mitgliedstaaten, sofern die Agentur nicht an dem Austausch beteiligt ist. Die Bestimmungen zur Regelung des ESP/CPIP gelten automatisch, wenn die Agentur beteiligt ist.

Der Informationsaustausch zwischen diesen drei Lagebildern erfolgt über ihre drei gemeinsamen Schichten.

#### 1) Die *Ereignisschicht* besteht aus

- Vorfällen bei unbefugten Grenzübertritten, einschließlich Informationen, die dem NCC über Vorfälle, die sich auf ein Risiko für das Leben von Migranten beziehen, und über grenzüberschreitende Kriminalität vorliegen;
- Informationen über Krisensituationen;
- Informationen zu unbekannten und verdächtigen Fahrzeugen, Schiffen und anderen Wasserfahrzeugen sowie Personen an den, entlang der oder in der Nähe der Außengrenzen und
- sonstigen Ereignissen, die sich erheblich auf die Kontrolle der Außengrenzen auswirken könnten.

#### 2) Die *Einsatzschicht* umfasst Informationen über eigene Kräfte sowie sonstige Einsatz- und Umweltinformationen.

#### 3) Die *Analyseschicht* umfasst allgemeine Informationen, Analyseberichte, nachrichtendienstliche Erkenntnisse, Satelliten- und Luftbilder, Geodaten und verschiedene Arten von Karten.

### **3.2.2 Eigentum an Informationen und Informationssicherung sowie dienstleistungsorientierter Ansatz**

Grundsätzlich sind Informationen Eigentum des Knotenpunkts (Node), der die Informationen bereitgestellt hat (das zuständige NCC oder die Agentur). Das Eigentum an den Informationen kann im gegenseitigen Einvernehmen auf ein anderes NCC oder die Agentur übertragen werden. Diese Übertragung kann von Fall zu Fall erfolgen oder für eine bestimmte Gruppe oder Kategorie von Informationen vereinbart werden, z. B. wenn die Informationen über einen automatisierten Link zwischen EUROSUR und anderer Software übertragen werden. Es

---

<sup>35</sup> Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

obliegt dem Mitgliedstaat, der das Eigentum an bestimmten Informationen ersucht, Gründe für dieses Ersuchen vorzubringen.

Die NCC sind dafür zuständig, ein möglichst vollständiges, genaues und zeitnahes Bild zu liefern. Die NCC und die Agentur sind beide dafür zuständig, die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der ausgetauschten Informationen sicherzustellen. Hierzu halten sie sich genau an die Sicherheitsvorschriften und die Vorschriften für den Schutz geheimer und personenbezogener Daten und beachten die Eigentumsrechte, wenn sie Daten weiterverarbeiten.

Es obliegt den Dateneignern, Daten zu validieren, bevor sie im Kommunikationsnetz von EUROSUR (ECN) veröffentlicht werden. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um durch geeignete Verfahren und konsequente Validierungsprozesse eine Duplizierung von Daten zu vermeiden. Besondere Aufmerksamkeit sollte darauf gerichtet werden, dass durch manuell hochgeladene Daten keine Daten dupliziert werden, die aus halb automatisierten und automatisierten Quellen (anderen angeschlossenen Systemen) bereits Eingang ins System gefunden haben. Um dieses Risiko so gering wie möglich zu halten, werden sowohl auf Agentur- als auch auf Mitgliedstaatenebene entsprechende Verfahren erarbeitet.

Die Agentur verfolgt bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten für EUROSUR einen dienstleistungsorientierten Ansatz, der sich auf international vereinbarten Standards gründet.

### **3.2.3 Interessengemeinschaften<sup>36</sup>**

Interessengemeinschaften werden von EUROSUR-Nutzern gebildet, die gemeinsame Ziele, Erfordernisse und Interessen haben. Diese Nutzer können auf geografische Gebiete spezialisierte oder themenbezogene Gruppen bilden. So könnte sich z. B. eine geografische Interessengemeinschaft auf ein bestimmtes Gebiet/eine bestimmte Art von Grenze konzentrieren oder über eine gemeinsame Grenze mit einem bestimmten Drittland verfügen. Eine themenbezogene Interessengemeinschaft könnte sich auf die Weiterentwicklung der Analyseschicht oder eines anderen speziellen EUROSUR-Dienstes oder auf die Teilnahme an einer gemeinsamen Aktion konzentrieren.

Diese Gemeinschaften werden nicht formell eingerichtet, doch sie tragen dazu bei, die Organisation zu verbessern und insbesondere die Zusammenarbeit und Synergien bei der Erbringung von Diensten und beim Informationsaustausch zu fördern, und erhöhen auf diese Weise die Reaktionsfähigkeit. Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit innerhalb dieser Gruppen werden entweder durch Bestimmungen des NSP oder des ESP/CPIP geregelt, abhängig davon, ob die Agentur sich an der jeweiligen Gruppe beteiligt.

Da sie dimensionsübergreifend sind, haben Interessengemeinschaften das Potential, über den Anwendungsbereich von EUROSUR hinauszureichen; hierzu gibt es gesonderte Bestimmungen (z. B. ein allgemeines Mandat der Agentur), die für die Teile gelten, die nicht von EUROSUR abgedeckt sind. Wenn beispielsweise eine Gruppe von Mitgliedstaaten, die an einer gemeinsamen Aktion teilnimmt, eine Interessengemeinschaft bildet, können die von der Agentur im Rahmen dieser Operation erhobenen und verarbeiteten Daten teilweise außerhalb des Anwendungsbereichs von EUROSUR liegen (Informationen über Rückführungsverfahren, Asyl usw.).

---

<sup>36</sup> Siehe Anhang zur Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.



### 3.2.4 Informationsquellen<sup>37</sup>

Kategorie	Nicht vollständige Liste von Beispielen
<b>A — Nationales Überwachungssystem</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Überwachungssystem(e) für Landgrenzen</li> <li>– Überwachungssystem(e) für den Seeraum</li> <li>– Überwachungssystem(e) für Luftgrenzen</li> </ul>
<b>B — Ortsfeste und mobile Sensoren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Radar: Position, Kurs, Geschwindigkeit, Zeit, Größe des Objekts</li> <li>– Kameras: Bilder, Videos, Zeit, Richtung, bildverarbeitete Daten</li> <li>– Kameras mit Entfernungstoren: Objektentfernung, Schiffsidentifizierung</li> <li>– Hochfrequenzsensoren/Leitsysteme: Position, Betriebsfrequenz, Funktyp</li> <li>– Hydrofonsysteme: Schiffsbewegungsdaten, Schiffsidentifizierung</li> </ul>
<b>C — Patrouillen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Überwachungsmissionen an See-, Land- und Luftgrenzen</li> <li>– Militärische Kräfte zur Unterstützung einer Strafverfolgungsoperation</li> <li>– Such- und Rettungseinsätze</li> <li>– Zoll-/Fischereiaufsichtsmissionen</li> <li>– Sicherheitsmissionen im maritimen Bereich (z. B. Erfassung von Ölverschmutzungen)</li> </ul>
<b>D — Lokale, regionale und sonstige Zentren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Lokale und regionale Koordinierungszentren</li> <li>– Leitstellen zur Koordination der Seenotrettung</li> </ul>
<b>E — Sonstige Behörden und Systeme, einschließlich Verbindungsbeamte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nationale Kontaktstellen zur Verhinderung der illegalen Einwanderung/des illegalen Drogenschmuggels</li> <li>– Operative Zentren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit</li> <li>– Nationale Zentren für die Fischereiaufsicht/die Sicherheit des Seeverkehrs</li> <li>– Kontaktstellen zwischen benachbarten Mitgliedstaaten (z. B. für gefälschte Dokumente, Grenzen, Zölle oder zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kfz-Kriminalität)</li> <li>– Botschaften, Konsulate und Verbindungsbeamte in Drittländern</li> </ul>
<b>F — die Agentur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Dienste von EUROSUR zur Zusammenführung von Daten, unter anderem Daten aus der gemeinsamen Anwendung von Überwachungsinstrumenten (z. B. Schiffsortungsdienst, Satellitenaufnahmen, Geländeinformationen, Wettervorhersagen)</li> <li>– Analyseprodukte, die von der für Risikoanalysen zuständige Stelle der Agentur entwickelt wurden (z. B. Einstufungen für bestimmte Grenzabschnitte)</li> <li>– Informationen über gemeinsame Aktionen, unter anderem</li> </ul>

<sup>37</sup> Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

	über die <i>Anwendung für die Berichterstattung über gemeinsame Aktionen</i> (JORA) übersandte Ereignisberichte – Informationen über die eigenen Kräfte der Agentur
<b>G — Andere NCC</b>	– An andere Länder angrenzende Grenzabschnitte: Vorfälle, Berichte über taktische Risikoanalysen und evtl. Patrouillen – Regionale Netzwerke – Europäisches Patrouillennetz (EPN)
<b>H — Drittländer</b>	– Regionale Netzwerke – Bilaterale Zusammenarbeit
<b>I — Schiffsmeldesysteme</b>	– Automatisches Identifizierungssystem (AIS) – Schiffsüberwachungssystem (Vessel Monitoring System – VMS) – System der Union für den Seeverkehrsinformationsaustausch, einschließlich des SafeSeaNet (SSN) und des Systems zur Fernidentifizierung und -verfolgung (Long-range Identification and Tracking – LRIT)

### 3.2.5 Ereignisschicht<sup>38</sup>

Zur Überwachung der Land- und Seeaußengrenzen müssen die Mitgliedstaaten alle Ereignisse melden, wie in den folgenden Kapiteln dargelegt, unabhängig von der einem bestimmten Vorfall zugewiesenen Einstufung.

Wenn ein Mitgliedstaat beschließt, Vorfälle an Grenzübergangsstellen oder Vorfälle im Zusammenhang mit der Überwachung der Luftgrenzen zu melden, dann sollte es:

- der Agentur den Rahmen für diese Meldungen mitteilen und
- sich bei Meldungen an den vorgegebenen Rahmen halten.

Probleme im Zusammenhang mit Kontrollen an Grenzübergangsstellen und mit der Überwachung der Luftgrenzen sind relevant für die Entwicklung eines umfassenden Lagebewusstseins. Die Mitgliedstaaten sollten daher weiterhin Informationen darüber bereitstellen, nachdem eine Meldung erfolgt ist, und die Übermittlung von Informationen nur in Ausnahmefällen und hinreichend begründeten Fällen einstellen. Beenden sie die Berichterstattung, müssen die Mitgliedstaaten der Agentur die Einstellung der Berichterstattung mitteilen.

#### 3.2.5.1 Aufbau der Ereignisschicht des NSP

Die Teilschichten der Ereignisschicht sind nicht als physisch voneinander getrennt zu betrachten, sondern vielmehr als Informationssätze, die sich auf unterschiedliche Bereiche beziehen, die sich auf verschiedene Weisen darstellen lassen und die das Ziel verfolgen, das Lagebewusstsein und die Reaktionsfähigkeit auf möglichst wirksame Weise zu erhöhen. Die Art und Weise, in der Vorfälle im NSP erfasst werden, sollte eine reibungslose und unverzügliche Übertragung aller Vorfälle in das ESP ermöglichen, z. B. durch die Übertragung über halbautomatische/automatische Schnittstellen oder die schnelle manuelle Eingabe dieser Vorfälle in das ESP.

<sup>38</sup> Siehe Artikel 4 Absätze 2 und 3, Artikel 9 Absätze 3 und 4, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

#### ***3.2.5.2 Teilschicht unbefugte Grenzübertritte***

Alle Vorfälle im Zusammenhang mit unbefugten Grenzübertritten, die an den Außengrenzen des betreffenden Mitgliedstaats festgestellt werden, müssen zur Erfassung im NSP gemeldet werden, unabhängig von der Anzahl der beteiligten Personen, ihrer Staatsangehörigkeit oder der jeweiligen Einstufung des Vorfalls. Es hat sich bewährt, auch Vorfälle im Zusammenhang mit Kontrollen an Grenzübergangsstellen und mit der Überwachung der Luftgrenzen mit aufzunehmen, um ein umfassendes Lagebewusstsein zu erhalten.

#### ***3.2.5.3 Teilschicht grenzüberschreitende Kriminalität***

Diese Teilschicht bezieht sich auf Vorfälle im Zusammenhang mit schwerwiegenden Straftatbeständen mit grenzüberschreitender Dimension, die sich an den, entlang der oder in der Nähe der Außengrenzen ereignen.

#### ***3.2.5.4 Teilschicht Krisensituationen***

In dieser Teilschicht werden natürliche oder vom Menschen verursachte Katastrophen, Unfälle, humanitäre oder politische Krisen oder sonstige gravierende Situationen erfasst, die sich an den, entlang der oder in der Nähe der Außengrenzen ereignen und sich erheblich auf die Kontrolle der Außengrenzen auswirken könnten. Als erheblich gelten in diesem Kontext Auswirkungen, wenn sie die Bedingungen an der Grenze in einem Maß beeinflussen, dass zusätzliche Maßnahmen oder spezielle Interventionsmaßnahmen ergriffen werden müssen, einschließlich der Notwendigkeit einer Verstärkung von Maßnahmen und einer raschen Entscheidungsfindung und Reaktion.

#### ***3.2.5.5 Teilschicht sonstige Ereignisse***

Diese Teilschicht enthält Informationen zu unbekannten und verdächtigen Fahrzeugen, Schiffen und anderen Wasserfahrzeugen sowie Personen an den, entlang der oder in der Nähe der Außengrenzen des betreffenden Mitgliedstaats sowie zu sonstigen Ereignissen, die sich erheblich auf die Kontrolle der Außengrenzen auswirken könnten.

#### ***3.2.5.6 Für das ESP relevante Teile der Ereignisschicht des NSP***

Alle im Rahmen des NSP gemeldeten Ereignisse müssen auch im ESP zur Verfügung gestellt werden. Das NCC hat sicherzustellen, dass diese hochgeladen und ohne Verzögerung ans ESP weitergeleitet werden.

#### ***3.2.5.7 Zuordnung zu Grenzabschnitten***

Alle Ereignisse werden einem bestimmten Grenzabschnitt zugeordnet.

#### ***3.2.5.8 Einstufung von Vorfällen***

Im Rahmen der Betreuung ihrer jeweiligen NSP nehmen die NCC für alle Ereignisse, die sie melden, auf der Grundlage einer nationalen Einschätzung eine Einstufung vor. Die Agentur kann die von den NCC einem Vorfall zugewiesene Einstufung nicht ändern.

#### ***3.2.5.9 Ereignisschicht des ESP/CPIP***

Das ESP und das CPIP stehen allen Mitgliedstaaten zur Verfügung, die an EUROSUR teilnehmen. Die Agentur muss dem NCC über das Kommunikationsnetz von EUROSUR (ECN) unbegrenzten Zugriff auf beide Lagebilder einräumen.

Die Inhalte des CPIP spiegeln die im ESP verwendete Struktur wider, d. h. die Informationen decken thematisch dieselben Bereiche ab. Zusammen betrachtet bieten die beiden Lagebilder ESP und CPIP eine geografische Kontinuität. So könnten Vorfälle, die im vom CPIP



abgedeckten Bereich entdeckt werden, in dem vom ESP abgedeckten Bereich abgefangen werden.

Alle Ereignisse, die im Einsatzgebiet einer gemeinsamen Aktion, eines Pilotprojekts oder eines Soforteinsatzes, die von der Agentur koordiniert werden, stattfinden, müssen als Informationen für das ESP/CPIP gemeldet werden, einschließlich der Ereignisse, die innerhalb des Einsatzgebiets stattfanden, auch wenn sie an sich nicht Teil der gemeinsamen Aktion waren. In diese Kategorie fallen Einsatzgebiete des europäischen Patrouillennetzes sowie alle sonstigen operativen Maßnahmen, an denen die Agentur beteiligt ist.

#### **3.2.5.10 Meldeprozess und Qualitätssicherung**

Die Mitgliedstaaten und die Agentur haben sicherzustellen, dass Meldungen eine hinreichende Qualität aufweisen und dass Meldungen innerhalb des EUROSUR-Rahmens (z. B. über Vorfälle) nicht doppelt erfolgen. Hierzu richten die Mitgliedstaaten einen Validierungsmechanismus ein, durch den dem NCC die Verantwortung für die endgültige Validierung von Daten übertragen wird, die als Informationen für das ESP/CPIP übermittelt werden. Das NCC muss darüber hinaus sicherstellen, dass keine personenbezogenen Daten außer denjenigen, die Schiffsidentifizierungsnummern betreffen, als Informationen für das ESP/CPIP hochgeladen werden.

Die nationale Frontex-Kontaktstelle (NFPOC) informiert das NCC im Voraus über geplante Operationen, die in seinem Hoheitsgebiet stattfinden sollen.

### **3.2.6 Einsatzschicht<sup>39</sup>**

#### **3.2.6.1 NSP**

Die Ereignisschicht besteht aus:

- einer Teilschicht eigene Kräfte und Einsatzgebiete und
- einer Teilschicht Umweltinformationen (siehe Kapitel 3.2.6.5).

Die Teilschicht eigene Kräfte und Einsatzgebiete enthält Informationen zu den Kräften und zum Personal des betreffenden Landes; diese werden auf nationaler Ebene festgelegt und betreut.

Die Informationen über eigene Kräfte und Einsatzgebiete werden in den eigenen Systemen der Mitgliedstaaten erfasst. Dies könnte z. B. eine visuelle Darstellung der Zuständigkeitsbereiche untergeordneter Strukturen auf einer georeferenzierten Karte, Position und Routen von Patrouillen, die Verteilung und die Art der Kräfte, Echtzeitaufnahmen von Videokameras, die von den Kameras abgedeckten Bereiche sowie Position und Koordinaten von Patrouillenschiffen auf Flüssen und auf See umfassen. Eine direkte Kommunikation zwischen dem NCC und Patrouillenkräften über spezielle Terminals (z. B. über den digitalen Bündelfunk-Standard TETRA) erhöht die Reaktionsfähigkeit erheblich.

Der Zugriff auf Informationen über militärische Kräfte zur Unterstützung einer Strafverfolgungsoperation können auf die Bedingung „Kenntnis nur, wenn nötig“ beschränkt sein, sofern die für solche Kräfte zuständige nationale Behörde dies anfordert.

Die Verknüpfung von Informationen, die in der Einsatzschicht bereitgestellt werden (z. B. über Patrouillenkräfte und Witterungsbedingungen), mit Informationen aus der Ereignisschicht erhöhen das Lagebewusstsein und die Reaktionsfähigkeit erheblich.

---

<sup>39</sup> Siehe Artikel 9 Absätze 5 und 6, Artikel 9 Absätze 9 und 10, Artikel 10 Absätze 5 und 6 und Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Das Lagebild von benachbarten Außengrenzabschnitten, die in der Einsatzschicht erfasst werden, kann auf freiwilliger Basis zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten und auch mit der Agentur ausgetauscht werden.

### **3.2.6.2 ESP/CPIP**

Diese Schicht besteht aus:

- einer Teilschicht eigene Kräfte;
- einer Teilschicht Einsätze und
- einer Teilschicht Umweltinformationen (siehe Kapitel 3.2.6.5).

Die Teilschichten eigene Kräfte und Einsätze enthalten Informationen von den Mitgliedstaaten und der Agentur, sofern die Kräfte an den gemeinsamen Aktionen der Agentur teilnehmen oder der Agentur zur Verfügung gestellt sind. Folgende Informationen sind für alle *Kräfte* erforderlich, die an von der Agentur koordinierten operativen Maßnahmen teilnehmen:

- Art der Kräfte
- Bezeichnung der Kräfte (Marke/Modell/Rufzeichen)
- Beschreibung (genaue Angabe der Art der Kräfte)
- Eigner – Bezugnahme auf den Mitgliedstaat (Standardbeschreibung, einschließlich des dreistelligen Ländercodes (Norm ISO 3166-1 alpha-3) der Behörde des Mitgliedstaats, der den Einsatz der Kräfte befiehlt)
- Standort (letzte Einsatzbasis)
- Bezeichnung der Operation

Außerdem aufgenommen werden Informationen über den Status und die Position der Kräfte (z. B. senden Kräfte, die an einer gemeinsamen Aktion teilnehmen, Informationen über ihre Position über das Ortungssystem von Frontex), über den Auftrag und die Teilnehmer, Zeitpläne für den Einsatz und für Patrouillen, Einsatzgebiete, regelmäßige Lageberichte, statistische Daten, Schwerpunkte und Koordinierungsstellen und über sonstige, von der Agentur koordinierte operative Maßnahmen, wie z. B. das europäische Patrouillennetz (EPN).

Es hat sich bewährt, dass die NCC Aktivitäten durchführen, die von der Agentur, einschließlich des internationalen Koordinierungszentrums (ICC), koordiniert werden. In den Fällen, in denen ICC und NCC getrennt voneinander arbeiten, sind für den Informationsaustausch über Maßnahmen, die von der Agentur koordiniert werden, geeignete Kommunikationskanäle und -verfahren einzurichten.

### **3.2.6.3 Europäisches Patrouillennetz (EPN)**

Alle Mitgliedstaaten, die Teil des EPN sind, verwenden zum Austausch von EPN-Informationen den EUROSUR-Rahmen. Mitgliedstaaten, die Teil des EPN sind, verwenden ihr NCC und das ECN, um

- alle *Vorfälle* im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität in den Gebieten des EPN als Informationen für die Ereignisschicht des ESP/CPIP zu melden. Es können Standardeinsatzberichte, Videos und Bilder angehängt werden, um gegebenenfalls Details zum Vorfall zu liefern;
- Informationen über *gemeinsame Patrouilleneinsätze* im Rahmen des EPN für die Ereignisschicht des ESP/CPIP zu melden, unter anderem Informationen über Beobachter (wie z. B. Verbindungsbeamte) und an Bord befindliche Patrouillenkräfte;

- die *EPN-Gebiete*<sup>40</sup> in der Einsatzschicht des ESP/CPIP zu überprüfen und zu aktualisieren und
- Informationen über wesentliche Elemente (z. B. Zeitpläne für Patrouillen und monatliche Informationen über in den EPN-Gebieten durchgeführte Patrouillen, Veränderungen in EPN-Strukturen) zu aktualisieren.

Informationen, die sich auf die tägliche, routinemäßige Zusammenarbeit zwischen EPN-Mitgliedstaaten beziehen, sind in der Einsatzschicht des ESP/CPIP deutlich als solche zu kennzeichnen.

#### **3.2.6.4 Rollen und Zuständigkeiten**

Informationen über Einsätze, Pilotprojekte und Soforteinsätze, die von der Agentur koordiniert werden, sollten wie folgt bereitgestellt werden:

- Die Agentur fügt Informationen über das Einsatzgebiet für gemeinsame Aktionen ein.
- Der Mitgliedstaat, in dem eine Aktion stattfindet, liefert Informationen über die bei gemeinsamen Aktionen zum Einsatz kommenden Kräfte, jedoch können diese auch von der Agentur geliefert werden, sofern dies mit dem Mitgliedstaat, in dem die Aktion stattfindet, vereinbart wurde.
- Das Frontex-Ortungssystem liefert die Position, die Zeit, den Status und die Art der Kräfte, die bei gemeinsamen Aktionen, Pilotprojekten und Soforteinsätzen zum Einsatz kommen bzw. der Agentur zur Verfügung stehen. Wenn die bei einer gemeinsamen Aktion zum Einsatz kommenden Kräfte nicht mit dem Frontex-Ortungssystem verbunden sind, muss das NCC des Mitgliedstaats, in dem die gemeinsame Aktion stattfindet, die Zahl, die Position und den Status der eingesetzten Kräfte regelmäßig aktualisieren.

Die Agentur kann über die Einsatzschicht des ESP/CPIP außerdem weitere Informationen über von der Agentur koordinierte Aktionen, Pilotprojekte und Soforteinsätze austauschen, wie z. B.:

- tägliche/wöchentliche Lageberichte für jede einzelne gemeinsame Aktion;
- maßgeschneiderte Informationen für die Berichterstattung in den Medien.

#### **3.2.6.5 Teilschicht Umweltinformationen**

Diese Teilschicht bietet Zugriff auf Informationen über das Terrain und Witterungsbedingungen. Die Agentur liefert über die Einsatzschicht des ESP/CPIP Wetterbeobachtungen, Wettervorhersagen, ozeanografische Informationen und Dienste für die Ausarbeitung von Driftmodellen, die auch für das NSP verwendet werden können.

#### **3.2.7 Analyseschicht<sup>41</sup>**

Die Analyseschichten des ESP/CPIP und des NSP sind miteinander verbunden, da sie sich möglicherweise auf die gleichen Lagedaten und nachrichtendienstlichen Erkenntnisse stützen. Den beiden nachfolgend aufgeführten Tabellen sind die Produkt- und Dienstarten zu entnehmen, die sich jeweils in der Analyseschicht des NSP und des ESP/CPIP entsprechen.

<sup>40</sup> Diese Gebiete wurden basierend auf den Patrouillentätigkeiten der Mitgliedstaaten eingerichtet; darunter fallen bestimmte Küstengebiete des Mittelmeers, des Atlantiks und des Schwarzen Meeres.

<sup>41</sup> Siehe Artikel 9 Absatz 7, Artikel 10 Absatz 7 und Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Produkte der Analyseschicht werden grundsätzlich nicht auf Anfrage geliefert, sondern auf der Grundlage spezieller interner Aufgabenstellungen des NCC oder der Agentur bereitgestellt.

Produkte	Beschreibung
<b>Wichtige Entwicklungen</b>	Kurzer Bericht mit einer prägnanten Beschreibung und Analyse von Ereignissen oder von politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder demografischen Gegebenheiten, einschließlich der Lage der Grundrechte, die Auswirkungen auf die illegale Einwanderung oder die grenzüberschreitende Kriminalität haben oder haben könnten.
<b>Informationsvermerk</b>	Ein kurzer und in der Regel Ad-hoc-Bericht, in dem bestimmte Fragen der illegalen Einwanderung oder der grenzüberschreitenden Kriminalität erörtert werden. Sein Hauptziel besteht darin, Entscheidungsträger schnell und effektiv über bestimmte Themen zu informieren.
<b>Lageanalyse</b>	Ein regelmäßiger und (verglichen mit dem Informationsvermerk) ausführlicherer Bericht über illegale Einwanderung oder grenzüberschreitende Kriminalität, der bestimmte Regionen oder Problembereiche berücksichtigt. Er geht über einen Informationsvermerk hinaus und enthält eine eingehendere Lageanalyse und gegebenenfalls Empfehlungen.
<b>Erdbeobachtungsberichte</b>	Vom Satellitenzentrum der Union oder von Unternehmen gelieferte Berichte, die auf Anfragen für Erdbeobachtungsdienste wie Küstenüberwachung oder Überwachung des Vorgrenzbereichs erstellt werden.
<b>Unterstützende Analyseberichte</b>	Diese Kategorie wurde für analytische Dokumentationen eingerichtet, die sich nicht in die Hauptproduktarten der Analyseschicht (wichtige Entwicklungen, Informationsvermerke und Lageanalysen) einreihen lassen und über EUROSUR ausgetauscht werden.

Sämtliche Dienste der Analyseschicht sind Dienste „auf Anfrage“, die die NCC über die *Dienste von EUROSUR zur Zusammenführung von Daten* anfordern können (siehe Kapitel 3.2.8). Diese Dienste werden grundsätzlich allen NCC über das ECN zur Verfügung gestellt.

Dienste	Beschreibung
<b>Küstenbeobachtung</b>	Zeitnahe und Ad-hoc-Berichte, vektorisierte Daten und Aufnahmen von Küstenstreifen (Strände und Häfen), die auf der Grundlage von Risikoanalysen ausgewählt werden. Diese unterstützen die maßnahmenbezogene Beurteilung von Aktivitäten im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung oder grenzüberschreitender Kriminalität.
<b>Beobachtung des Grenzvorgrenzbereichs</b>	Zeitnahe und Ad-hoc-Berichte, vektorisierte Daten und Aufnahmen des Vorgrenzbereichs, die auf der Grundlage von Risikoanalysen ausgewählt werden. Diese Berichte unterstützen die maßnahmenbezogene Beurteilung von Aktivitäten im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung oder grenzüberschreitender Kriminalität. Über diesen Dienst können Studien zur Durchlässigkeit der Grenzen angefragt werden.

<b>Referenzbildgebung / Kartenerstellung</b>	Satellitenbilder mit sehr hoher Auflösung und vektorisierte Daten, die bestimmte, auf der Grundlage von Risikoanalysen ausgewählte Bereiche von Drittländern abdecken. Benötigt werden diese Bilder für aktuelle und zukünftige Analysen von Aktivitäten im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung oder grenzüberschreitender Kriminalität.
--	--

Folgende sieben Schritte werden für die Erstellung und Betreuung der Analyseschicht verwendet:

- Schritt 1: Betreuung der Analyseschicht
- Schritt 2: Erfassung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse
- Schritt 3: Bewertung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse
- Schritt 4: Zusammenstellung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse
- Schritt 5: Analyse und Auslegung
- Schritt 6: Erzeugung und Visualisierung von Produkten und Diensten
- Schritt 7: Verbreitung

#### **3.2.7.1 Schritt 1: Betreuung der Analyseschicht**

Diese übergeordnete Aufgabe hat die Betreuung der Analyseschicht und des damit verbundenen Intelligence-Kreislaufs zum Ziel. Erreicht wird dies durch die Festlegung oder Verbesserung von Aufgaben, Verfahren und Richtlinien.

#### **3.2.7.2 Schritt 2: Erfassung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse**

Die Agentur erfasst Informationen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse auf der Grundlage von vereinbarten Anforderungen und konzentriert sich dabei auf ein bestimmtes Ziel, ein Muster oder einen Trend. Die Erfassung beinhaltet das Sammeln von Informationen aus verschiedensten Quellen in unterschiedlichen Formaten, in den meisten Fällen zunächst außerhalb von EUROSUR (gemeinsame Aktionen, Verbindungsbeamte und Netzwerke zur Risikoanalyse, EU-Agenturen, -Missionen und -delegationen, Fonds und Programme). Dies ändert sich nach und nach, je nach Quantität und Qualität der nachrichtendienstlichen Beiträge der NCC zu EUROSUR. In diesem Schritt werden die verschiedenen Arten von Informationen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen erfasst, die zur Erstellung der Analyseschicht des ESP/CPIP erforderlich sind.

- *Bilder und Geodaten:* raumbezogene Informationen wie topografische Karten, Verkehrsinfrastruktur, Seekarten, Sperrgebiete, thematische Karten und digitale Höhenmodelle, einschließlich Referenzbildgebung für Schlüsselbereiche und -orte der illegalen Einwanderung, die für Analyse- und nachrichtendienstliche Zwecke ermittelt wurden.
- *Strategisch wichtige Informationen:* langfristige Überprüfungen, aufkommende Trends und Veränderungen bei der Bekämpfung von illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität, mögliche Maßnahmen zur Abschwächung und Vorbeugung und vielversprechende Wege zur Änderung von Politiken, Programmen und Rechtsvorschriften.
- *Operative Informationen:* Taktische und operative Informationen wie z. B. Sensordaten, Schiffsortung und -verfolgung, Radarbilder, Patrouillenkräfte, Berichte über Vorfälle, Satellitenbilder, operative Erkenntnisse und Überwachungsdaten (Signalaufklärung, Aufklärung mittels menschlicher Quellen).
- *Die Wissensbasis bildende Daten:* Die Wissensbasis enthält eine formalisierte Beschreibung der Bedingungen und Methoden, wie z. B. die Kategorisierung von



Schiffstypen, Beschreibungen typischer Szenarien und Sensorbeschreibungen. Sie dient als Instrument zur manuellen und halbautomatischen Erfassung, Organisation und Bereitstellung von Wissen.

#### **3.2.7.3 Schritt 3: Bewertung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse**

Dieser Schritt besteht aus zwei Aufgaben:

- *Bewertung*: Beurteilung der Verlässlichkeit der Quelle und der Glaubwürdigkeit der Informationen;
- *Validierung*: Beurteilung eingehender gefilterter Daten anhand standardisierter Kriterien (einschließlich rechtlicher Prüfungen) zur Verbesserung der Datenqualität.

#### **3.2.7.4 Schritt 4: Zusammenstellung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse**

Die Zusammenführung beinhaltet das Aussieben falscher, nicht relevanter und unrichtiger Informationen. Sie erfordert das Ordnen verbleibender Informationen, was zugleich die Herstellung von Beziehungen zwischen anscheinend zusammenhangslosen Elementen ermöglicht. Sie umfasst zwei Aufgaben:

- *Filtern*: Ausblenden von Informationen, die für den unmittelbaren Informationsbedarf unwesentlich sind;
- *Zusammenführung*: Zusammenführen geprüfter und validierter Informationen zu einem einheitlichen, kohärenten Ergebnis.

#### **3.2.7.5 Schritt 5: Analyse und Auslegung**

Während des Analyseschrittes wird aus den Informationen ein Produkt erzeugt, das einen Prozess der Auslegung durchlaufen hat und äußerst präzise und brauchbare zukunftsgerichtete Schlussfolgerungen liefert.

- *Taktische/einsatzbezogene nachrichtendienstliche Erkenntnisse* leisten einen direkten Beitrag im Hinblick auf ein unmittelbares Ziel und setzen einen Schwerpunkt z. B. auf bestimmte kriminelle Aktivitäten mit dem Ziel, diese zu unterbinden.
- *Strategische nachrichtendienstliche Erkenntnisse* beschäftigen sich mit bestehenden Mustern oder aufkommenden Trends illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität. Erreicht wird dieses Ziel durch die Zusammenführung und Analyse von über einen bestimmten Zeitraum gesammelten Daten, um fundierte Urteile über Themen wie Beihilfemöglichkeiten, Schwachstellen, Trends und Muster treffen zu können. Sie erlauben Schlussfolgerungen und Vorhersagen, die dabei helfen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.
- *Auswertung von Bildern* ist eine wichtige Tätigkeit zur Erstellung von Informationen, Ermittlung von Zielen und Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die auf der Auswertung von Satellitenaufnahmen basiert. Hiermit werden Veränderungen erkannt und analysiert und die Herstellung von Zusammenhängen/eine Zusammenführung mit anderen Quellen (Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen, raumbezogene Informationen, strategische Entwicklungsinformationen und Drittquellen), Analyseberichten und anderen unterstützenden Materialien ermöglicht.

Analysen werden auf konkrete Bedürfnisse zugeschnitten, damit der Entscheidungsprozess auf wirksame Weise unterstützt wird.

### **3.2.7.6 Schritt 6: Erzeugung und Visualisierung von Produkten und Diensten und Schritt 7: Verbreitung**

Diese Schritte dienen dazu, die Ergebnisse der Analyse und Auslegung zu korrigieren, zusammenzufassen, zu organisieren und zu ändern, bevor die Dokumente veröffentlicht und Objekte und Karten angezeigt werden. In der Endphase werden alle neuen und aktualisierten Produkte der Analyseschicht als Informationen für das NSP oder das ESP/CPIP hochgeladen. Sobald die Produkte im ESP/CPIP eingesehen werden können, gelten sie als verbreitet.

## **3.2.8 Gemeinsame Anwendung von Überwachungsinstrumenten<sup>42</sup>**

### **3.2.8.1 Die Rolle der Agentur**

Die Agentur koordiniert die gemeinsame Anwendung der Überwachungsinstrumente, indem sie zentrale Dienste für die Mitgliedstaaten und die Agentur erbringt. In ihrer Rolle als Koordinator muss die Agentur als zentrale Anlaufstelle für den Erwerb, die Zusammenführung und die Erbringung dieser Dienste fungieren.

### **3.2.8.2 Aktivierung von Diensten**

Dienste werden auf der Grundlage *der Anforderungen* für die Betreuung des ESP und des CPIP, *einer Anfrage* seitens des NCC oder *einer Anfrage* seitens Stellen der Agentur (um z. B. gemeinsame Aktionen zu unterstützen) aktiviert.

### **3.2.8.3 Erbringung von Diensten**

1) *Umfang der Dienste:* Nachstehender Tabelle ist der Umfang der Dienste zu entnehmen, die erbracht werden können:

<b>Umfang der Dienste</b>	<b>Verordnung (EU) Nr. 1052/2013</b>	<b>Bereitstellung</b>
Umweltinformationen, einschließlich: - Informationen über das Terrain (z. B. Grundkarten) - Witterungsbedingungen	Art. 10 Abs. 5 Buchst. c	Regelmäßig
Küstenbeobachtung	Art. 12 Abs. 2 Buchst. a	Auf Anfrage
Schiffsverfolgung	Art. 12 Abs. 2 Buchst. b	Auf Anfrage
Beobachtung bestimmter Seegebiete	Art. 12 Abs. 2 Buchst. c	Auf Anfrage
Umweltbewertung für bestimmte Gebiete	Art. 12 Abs. 2 Buchst. d	Auf Anfrage
Beobachtung des Grenzvorbereichs	Art. 12 Abs. 2 Buchst. e	Auf Anfrage
Schiffsmeldesysteme	Art. 12 Abs. 3 Buchst. a	Regelmäßig

2) *Zusammenführung von Diensten*

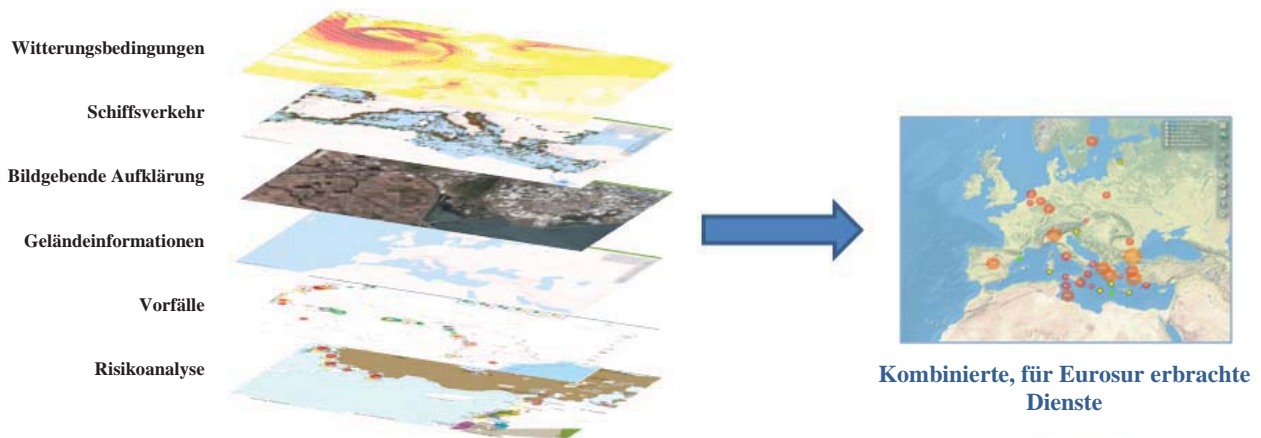
<sup>42</sup> Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Im Rahmen der *Dienste von EUROSUR zur Zusammenführung von Daten* erwirbt die Agentur grundlegende und kombinierte Dienste verschiedener Überwachungsinstrumente und anderer Quellen für das ESP/CPIP, führt diese zusammen und macht sie in anzeigbarer Form verfügbar, um den konkreten Bedürfnissen der Endnutzer gerecht zu werden. Sofern dies notwendig ist, werden Dienste durch die Bereitstellung geeigneter Risikoanalysen ergänzt.

**Beispiele:**

- Dienst zur zeitlichen Erfassung von Vorfällen;
- Modelle für den Seeverkehr wie z. B. Driftmodelle (zur Berechnung der wahrscheinlichen Position von Schiffen, basierend auf der letzten Position und den Bedingungen auf See);
- Erkennung von Unregelmäßigkeiten (zur Erkennung verdächtigen oder untypischen Verhaltens von Schiffen);
- Seeverkehrsleitungsdienst, einschließlich der Kombination von Schiffspeditionen, die über das automatische Identifizierungssystem (AIS) und das satellitengestützte AIS mit terrestrischen und satellitengestützten Radardaten zu Schiffspeditionen ermittelt wurden.

In der nachfolgenden Darstellung wird eine Kombination aus verschiedenen und getrennt voneinander arbeitenden Diensten veranschaulicht, die von internen und externen Anbietern als ein einziger, kombinierter Dienst angeboten werden.



### 3) *Liste von Diensten*

Die Agentur wird Dienste je nach Bedarf entweder auf regelmäßiger Basis oder ad hoc anbieten. Sie stellt den NCC eine Liste von Diensten zur Verfügung, die Informationen und genaue Angaben zu jedem standardmäßig angebotenen Dienst enthält. Wird ein Bedarf festgestellt, kann ein neuer Dienst, der zuvor nicht in der Liste aufgeführt war, angeboten werden.

### 4) *Erbringung von Diensten*

Die Agentur verwendet einen Prozessablauf für die Erbringung von Diensten, der mit der Einreichung einer Anfrage beginnt und mit der Aktivierung des Dienstes endet. Der Prozess beinhaltet alle Schritte, die nötig sind, um Folgendes sicherzustellen:

- die erforderliche Beurteilung und Validierung der Dienstanfrage anhand einer Reihe vordefinierter Kriterien;
- geeignete Arbeitsabläufe für die Erbringung von Standarddiensten und die Konzeption und Entwicklung neuer Dienste und
- die Bereitstellung des Dienstes für den Endnutzer.



### 5) *Validierungskriterien*

Die Agentur beurteilt und validiert jeden Dienstantrag, bevor der Dienst bereitgestellt wird. Sie kann der Bereitstellung des Dienstes entweder zustimmen oder den Antrag aus technischen, finanziellen oder operativen Gründen ablehnen. Lehnt die Agentur den Antrag ab, so informiert sie das zuständige NCC darüber und begründet die Ablehnung.

### **3.2.9 Datenschutzbestimmungen<sup>43</sup>**

#### **3.2.9.1 NSP<sup>44</sup>**

Die Mitgliedstaaten verarbeiten personenbezogene Daten nach Maßgabe ihrer nationalen Bestimmungen. Jeder Mitgliedstaat, der personenbezogene Daten in seinem NSP verarbeitet, ist insbesondere für die Sicherheit dieser Daten, für eine entsprechende Schulung des Personals und die Einhaltung nationaler Datenschutzvorschriften und -anforderungen verantwortlich.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass personenbezogene Daten nach Ablauf der nach nationalem Recht vorgesehenen Datenspeicherfrist gelöscht oder nach Maßgabe des nationalen Rechts anonymisiert werden. Wenn das NSP personenbezogene Daten enthält, sollte die Verarbeitung solcher Daten protokolliert werden, damit ein Prüfpfad erstellt werden kann.

#### **3.2.9.2 ESP und CPIP<sup>45</sup>**

Das NCC muss sicherstellen, dass keine personenbezogenen Daten außer denjenigen, die Schiffsidentifizierungsnummern betreffen, als Informationen für das ESP/CPIP hochgeladen werden. Um das Risiko zu vermeiden, dass personenbezogene Daten unabsichtlich als Informationen für das ESP/CPIP hochgeladen werden, sollten die Mitgliedstaaten auf der Ebene des NCC einen Validierungsmechanismus einrichten, mit dem kontrolliert wird, dass keine personenbezogenen Daten Eingang in Informationen finden, die an das ESP/CPIP weitergeleitet werden, wenn sie das NSP verlassen. Dieser Validierungsmechanismus kann Folgendes umfassen:

- Funktionen „Ausschneiden“ und „Einfügen“ bei nationalen Datenbanken vermeiden, sofern diese personenbezogene Daten enthalten;
- eingefügten Text und insbesondere Freitextfelder zum Abschluss nochmals durchlesen, bevor sie versandt werden, wobei besonders darauf zu achten ist, ob personenbezogene Daten eingefügt wurden;
- Nutzer dazu auffordern, den Inhalt von Dokumenten zu berücksichtigen, die sie an Produkte anhängen, sowie den Inhalt eigenständiger Dokumente, da diese personenbezogene Daten enthalten könnten.

Mechanismen innerhalb des Kommunikationsnetzes von EUROSUR (ECN) sollten sicherstellen, dass im NSP gespeicherte Daten, die vom Dateneigner (z. B. dem NCC) als personenbezogene Daten gekennzeichnet wurden, nicht mit anderen NCC ausgetauscht werden, ausgenommen personenbezogene Daten, die im Rahmen des ESP/CPIP zugelassen sind.

---

<sup>43</sup> Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>44</sup> Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>45</sup> Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Trifft die Agentur im ESP/CPIP auf andere personenbezogene Daten außer denjenigen, die Schiffsidentifizierungsnummern betreffen, so hat sie dies dem Dateneigner/Generierer der Daten (z. B. das NCC) zu melden und diesen zur Löschung der Daten aufzufordern. Der Dateneigner muss diese aus dem ESP/CPIP löschen.

Die Agentur arbeitet diesbezüglich mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDPS) zusammen.

### **3.2.9.3 Bilateraler Austausch zwischen benachbarten Mitgliedstaaten<sup>46</sup>**

Wenn benachbarte Mitgliedstaaten das ECN für den bilateralen Informationsaustausch verwenden, müssen personenbezogene Daten ausgenommen werden. Dies hindert Mitgliedstaaten nicht am bilateralen Austausch personenbezogener Daten über spezielle Kommunikationswege gemäß nationalen und EU-Datenschutzvorschriften.

## **3.3 Reaktionsfähigkeit<sup>47</sup>**

### **3.3.1 Begriffsbestimmung und Komponenten**

„Reaktionsfähigkeit“ bezeichnet die Fähigkeit, Maßnahmen durchzuführen, mit denen gegen illegale grenzüberschreitende Aktivitäten an den, entlang der oder in der Nähe der Außengrenzen vorgegangen werden soll, einschließlich der Mittel und des Zeitrahmens für eine angemessene Reaktion. Gleichzeitig stellt sie einen wesentlichen Faktor beim Schutz und bei der Rettung des Lebens von Migranten dar. Nationale Behörden mit Zuständigkeit für die Außengrenzüberwachung müssen in der Lage sein, Ressourcen, wie Personal, Ausrüstung und Kräfte, neu zuzuweisen, um rasch auf Veränderungen an See- und Landaußengrenzen und gegebenenfalls an Grenzübergangsstellen reagieren zu können.

Die Reaktionsfähigkeit weist zwei Komponenten auf:

- Die „*physische Reaktionsfähigkeit*“ bezeichnet die Verfügbarkeit ausreichender personeller und technischer Mittel (wie z. B. geschultes Personal, Systeme und Kräfte), die es ermöglicht, angemessen auf unerwartete Bedrohungen oder illegale Aktivitäten zu reagieren.

*Empfehlung:* Die Beobachtung von Außengrenzabschnitten sollte mit ortsfester und mobiler Ausrüstung erfolgen, die mindestens den Anforderungen für Abschnitte entspricht, denen ein geringes Risiko zugeordnet wurde.

- Die „*prozessbezogene Reaktionsfähigkeit*“ bezieht sich auf vorhandene Prozesse und Verfahren, durch die Behörden in die Lage versetzt werden, Einsätze zur Bekämpfung von Bedrohungen und illegalen grenzüberschreitenden Aktivitäten wirksam und rasch zu planen, einzuleiten und durchzuführen.

*Empfehlung:* Für alle externen Grenzabschnitte, auch für solche, denen ein konstant geringes Risiko zugeordnet wurde, sollte ein Verfahren oder ein Mechanismus vorhanden sein, durch das bzw. den zusätzliche Ressourcen aktiviert werden können, sollten sich unerwartete Bedrohungen oder plötzlich eine höhere Einstufung der Auswirkungen ergeben.

<sup>46</sup> Siehe Artikel 9 Absätze 9 und 10 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>47</sup> Artikel 14 bis 17 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

### 3.3.2 Planung der Reaktionsfähigkeit

Die NCC organisieren und führen *Simulationen* möglicher Szenarien durch und beurteilen entsprechende Reaktionsmaßnahmen. Dies ermöglicht es ihnen,

- die Reaktionsmaßnahmen durch die nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Grenzüberwachung an den verschiedenen Außengrenzabschnitten zu definieren, zu strukturieren und zu koordinieren und Maßnahmen anderer nationaler Behörden zu unterstützen;
- die Reaktionsfähigkeit insgesamt zu beurteilen und den Bedarf im Hinblick auf weitere Verbesserungen zu ermitteln.

*Empfehlung:* Es sollten Pläne zur Bewältigung eines plötzlichen Massenzustroms von Drittstaatsangehörigen erstellt werden.

Die Planung der Reaktionsfähigkeit kann in Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene unterteilt werden. Soweit möglich, sollte das NCC als Stelle für die Koordination und den Informationsaustausch fungieren. Verfügt ein Mitgliedstaat bereits über solche Pläne, prüft er, ob diese die Anforderungen dieses Handbuchs erfüllen und passt sie gegebenenfalls entsprechend an.

*Bewährte Praktiken:* Bei der Planung der Reaktionsfähigkeit kann für jeden Grenzabschnitt Folgendes einbezogen werden:

- eine Beschreibung des externen Grenzabschnitts (Terrain, geopolitische Lage, Umweltfaktoren) und ein Überblick über die Risikoanalysen;
- bei nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Grenzüberwachung und bei unterstützenden Behörden verfügbare Ressourcen (personelle und technische Mittel, deren Standort, Menge, Reaktionszeiten, Kommunikationskanäle);
- Behörden in den externen Grenzabschnitten benachbarter Mitgliedstaaten und ihre Ressourcen;
- Behörden in Grenzabschnitten benachbarter Drittstaaten und ihre Ressourcen;
- Einsatzregeln für gemeinsam vereinbarte Reaktionsmaßnahmen auf verschiedene Szenarien;
- Bestimmungen hinsichtlich der Mechanismen zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des internationalen Schutzes und des Schutzes benachteiligter Gruppen im Falle eines Massenzustroms;

Die Reaktionsfähigkeit muss an sich verändernde Situationen angepasst werden können.

*Empfehlung:* Die Reaktionsfähigkeit sollte für den Außengrenzabschnitten zugeordnete geringe, mittlere und hohe Risiken gesondert geplant werden und sollte eine Beschreibung von Maßnahmen beinhalten, die zu ergreifen sind, sollte sich die einem Außengrenzabschnitt zugeordnete Einstufung ändern. Die Pläne sollten auch den Einsatz nationaler Soforteinsatzteams sowie Unterstützungsmaßnahmen und Ressourcen der Agentur berücksichtigen.

### **3.3.3 Übertragung von Aufgaben an regionale und lokale Behörden<sup>48</sup>**

Die Mitgliedstaaten können regionalen Behörden, lokalen Behörden, Behörden mit Zuständigkeit in einem bestimmten Sachbereich oder anderen Behörden, die operative Entscheidungen treffen können, einige Verantwortlichkeiten des NCC übertragen, um so in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine angemessene Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten. Die Zuordnung von Aufgaben darf nicht die Rolle des NCC als zentrale Kontaktstelle für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen NCC sowie mit der Agentur beeinträchtigen.

### **3.3.4 Grenzabschnitte**

Jeder Mitgliedstaat muss seine Land- und Seeaußengrenzen in Grenzabschnitte einteilen und diese der Agentur mitteilen.<sup>49</sup> Die Mitgliedstaaten müssen die Agentur ferner über jegliche Änderungen diesbezüglich informieren.

Der Bereich, der von einem Grenzabschnitt abgedeckt wird, entspricht dem Zuständigkeitsbereich eines lokalen oder regionalen Zentrums, um die effiziente Verwaltung von Personal und Ressourcen zu gewährleisten.

Auf Antrag der Agentur stellen die Mitgliedstaaten der Agentur folgende Informationen zur Verfügung:

- Grenzabschnitte und Grenzübergangsstellen;
- Beschreibung der Grenzabschnitte;
- Schwellenwerte der Grenzabschnitte.

Die Agentur muss allen neu geschaffenen Grenzabschnitten eine eindeutige Kennung zuweisen und diese dann in die Liste der Grenzabschnitte von EUROSUR aufnehmen.

### **3.3.5 Einstufung von Grenzabschnitten**

Bei der Einschätzung der Auswirkungen zur Einstufung im Rahmen von EUROSUR sind die drei Risikokomponenten (Bedrohung, Anfälligkeit und Auswirkungen) zu berücksichtigen; dabei ist das von der Agentur entwickelte CIRAM-Risikoanalysemodell zu verwenden;

- 1) die Bedrohung ist im Hinblick auf die Auswirkungen und Wahrscheinlichkeit zu beurteilen;
- 2) die Anfälligkeit für die Bedrohung: Stärke, Umfang und Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen auf die Bedrohung;
- 3) die Auswirkungen: für den Fall, dass die Bedrohung eintritt.

---

<sup>48</sup> Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>49</sup> Grenzabschnitte gemäß Definition des jeweiligen Mitgliedstaats gelten unbeschadet des Status oder der Souveränität eines Hoheitsgebiets, des Verlaufs internationaler Staats- oder Gebietsgrenzen oder der Bezeichnung eines Hoheitsgebiets, einer Stadt oder eines Gebiets.



Tabelle: Risikokomponenten (CIRAM)

### 3.3.5.1 Die Beurteilung der Auswirkungen durch die Agentur

Die Agentur nimmt regelmäßig eine Beurteilung der Einstufung der Auswirkungen im Rahmen von EUROSUR vor.

Sie wertet Variablen aus, anhand derer die Bedrohungen nach dem CIRAM-Modell beschrieben werden. Variablensätze werden beurteilt, um das Maß der Bedrohung für jeden Grenzabschnitt zu ermitteln, mit schwerpunktmäßiger Betrachtung der wichtigsten Entwicklungen, die die *Bedrohungslage* beeinflussen. Die Hauptfaktoren sind:

1. statistische Trends, mit denen zahlenmäßige Trends im Zusammenhang mit illegalen Grenzübertritten von Land- und Seegrenzen beschrieben werden, unter der Berücksichtigung vorliegender Ausgangsdaten verglichen mit der aktuellen Lage;
2. geopolitische und natürliche Push-Faktoren, die grenzüberschreitende kriminelle Aktivitäten fördern oder potenzielle Migranten motivieren, ihr Herkunfts- und Transitland zu verlassen, wobei zwischen Herkunfts- und Transitdrittstaaten unterschieden werden sollte;
3. die grenzüberschreitende Kriminalität und Migrationsbewegungen in Herkunfts- und Transitländern in Richtung von Mitgliedstaaten beeinflussende Faktoren;
4. Analyse von Beihilfen, einschließlich der Bewertung der Tätigkeiten und Merkmale von Beihilfenetzwerken entlang von Transitrouten und in den jüngsten Herkunftsländern.

Die bei der Beurteilung der *Anfälligkeit* zu berücksichtigenden Hauptfaktoren sind:

1. die Beurteilung der Pull-Faktoren für die Ziel- und Transitländer;
2. die Kapazitäten der Grenzkontrollbehörden / Durchlässigkeit der Grenzen;
3. EU- und nationale Politiken auf den Gebieten Migration und Strafverfolgung;
4. die Kapazitäten der Behörden zur Bekämpfung krimineller Netze.

Ferner werden die *Auswirkungsfaktoren* nach CIRAM bewertet, unter anderem:

1. humanitäre Bedürfnisse und Grundrechtsfragen;
2. Aspekte mit Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit und die Grenzkontrolle.

### **3.3.5.2 Änderung der Einstufung von Grenzabschnitten**

Die Einstufung von Grenzabschnitten kann jederzeit neu zugeordnet werden. Einen Antrag auf Neuordnung der Einstufung kann von dem/den betreffenden Mitgliedstaaten gestellt werden; dieser wird über das NCC oder von der Agentur übermittelt. Im Allgemeinen erfolgt eine Neuordnung der Einstufung, wenn die Mitgliedstaaten und die Agentur darin übereinkommen.

Die Agentur überprüft und überarbeitet die Einstufungen regelmäßig und auch auf Ad-hoc-Basis.

### **3.3.5.3 Fristen**

Die NCC und die Agentur haben eine Frist, innerhalb der sie auf Anträge auf Änderung einer Einstufung eine erste Rückmeldung geben müssen. Eine stillschweigende Zustimmung wird erteilt, wenn keine Rückmeldung des NCC oder der Agentur innerhalb dieser Frist eingegangen ist. In diesem Fall werden die vom NCC oder der Agentur empfohlenen Einstufungen zugeordnet und ins ESP aufgenommen. In solchen Fällen erfolgt die Zuordnung der Einstufungen unter Vorbehalt, indem darauf hingewiesen wird, dass die Zustimmung stillschweigend zustande kam.

Fällt die erste Rückmeldung auf einen Antrag negativ aus, wird bis zum Ablauf der zweiten Frist eine bilaterale Einigung angestrebt. Kann nach diesen Gesprächen keine Einigung über die Zuordnung eines bestimmten Grenzabschnitts zu einer Einstufung erzielt werden, wird die von der Agentur empfohlene Einstufung zugeordnet und ins ESP aufgenommen. In solchen Fällen erfolgt die Zuordnung der Einstufungen unter Vorbehalt, indem auf die voneinander abweichenden Positionen hingewiesen wird.

Diese Fristen wurden eingeführt, um sicherzustellen, dass Änderungen der Einstufungen innerhalb eines angemessenen und einheitlichen Zeitrahmens erfolgen und eine standardisierte Zuordnung von Einstufungen gewährleistet ist.

### **3.3.6 Reaktionen entsprechend der Einstufung<sup>50</sup>**

Die Mitgliedstaaten sind in erster Linie dafür verantwortlich, eine entsprechende Reaktion auf die Lage an den Außengrenzen zu gewährleisten. Sie müssen sicherstellen, dass die an den Außengrenzabschnitten durchgeführten Überwachungstätigkeiten der zugeordneten Einstufung entsprechen. Kommt es zu raschen und/oder unerwarteten Änderungen der Lage, müssen die Mitgliedstaaten eine entsprechende Reaktion gewährleisten.

#### **3.3.6.1 Rolle der Koordinierungszentren**

Die Mitgliedstaaten können entsprechend ihrer internen Kompetenzverteilung ihre Überwachungstätigkeiten an der nationalen Grenze wie folgt strukturieren:

Das *lokale Koordinierungszentrum* (local coordination centre – LCC) mit Zuständigkeit für einen Land- oder Seegrenzabschnitt führt die folgenden Aufgaben aus:

- Beratung auf lokaler Ebene;
- genaue Planung und Durchführung von Einsätzen;
- für die Durchführung von Einsätzen erforderliche Datenerfassung und -verarbeitung;

---

<sup>50</sup> Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.



- Organisation regelmäßiger, auf Risikoanalysen basierender Überwachungsmaßnahmen;
- Gewährleistung der Bereitschaft ausreichenden Personals und ausreichender Ressourcen für Verfolgungs-, Identifizierungs- und Abfang- bzw. Aufgriffsmaßnahmen am Grenzabschnitt;
- echtzeitnahe Wahl der zur Durchführung des Einsatzes zu ergreifenden Maßnahmen;
- Anforderung von Unterstützung durch das regionale/nationale Koordinierungszentrum;
- Gewährleistung der echtzeitnahen Weitergabe von Informationen über alle Vorfälle am Außengrenzabschnitt durch die Patrouille oder das LCC an das NCC;
- Gewährleistung der direkten und vorrangigen Weitergabe von Informationen über alle Such- und Rettungsvorfälle am Außengrenzabschnitt an die Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung (MRCC) und an die Rettungsdienste;
- falls einem Grenzabschnitt ein mittleres oder hohes Risiko zugeordnet wurde, Erstellung eines wöchentlichen Berichts über die ergriffenen Maßnahmen durch das LCC an das NCC und das RCC.

*Bewährte Praktiken:*

Es werden direkte und sichere Kommunikationswege zwischen dem LCC und den im Grenzabschnitt eingesetzten Patrouillen eingerichtet.

Das LCC verfügt über ausreichend Ressourcen und Personal, um eine regelmäßige Überwachung auf der Grundlage von Risikoanalysen sicherstellen zu können. Es wurden zusätzliche Ressourcen und zusätzliches Personal ermittelt, das bzw. die zur Verfügung gestellt werden können, wenn die Einstufung eines Grenzabschnitts auf ein mittleres oder hohes Risiko erhöht wird.

Das *regionale Koordinierungszentrum (regional coordination centre – RCC)* oder ein *anderes funktionales Koordinierungszentrum* deckt eine bestimmte Art von Grenzabschnitt ab (z. B. Land- oder Seegrenze), mehrere Grenzabschnitte innerhalb eines geografischen Gebiets oder erfüllt eine bestimmte Aufgabe in allen Grenzabschnitten (z. B. Zollkontrolle, Such- und Rettungseinsätze). Es führt die folgenden Aufgaben aus:

- Beratung auf regionaler/funktionaler Ebene;
- Überwachung der Planung und Durchführung von Einsätzen;
- zur Planung von Einsätzen erforderliche Datenerfassung und -verarbeitung;
- Gewährleistung der Ergreifung geeigneter Überwachungsmaßnahmen an jedem Grenzabschnitt und Information des NCC über ergriffene Maßnahmen und daraus resultierende Ergebnisse;
- Umverteilung von Ressourcen und Personal (z. B. zwischen Grenzabschnitten);
- Anforderung von Unterstützung durch das NCC;
- Gewährleistung der rechtzeitigen Weitergabe von Informationen über alle Vorfälle am externen Grenzabschnitt an die Kommandostelle und das Kontrollzentrum der zuständigen nationalen Behörde (sofern vorhanden) und gegebenenfalls an das ICC durch Einrichtung eines geeigneten Meldesystems;

- Zusammenfassung und Analyse der von den LCC erhaltenen Informationen für das NCC;
- falls einem Grenzabschnitt ein *mittleres* Risiko zugeordnet wurde, Gewährleistung der Bereitstellung von geeigneten zusätzlichen Ressourcen und zusätzlichem Personal an das zuständige LCC innerhalb eines Zeitraums von *zwei Wochen*.

*Bewährte Praktiken:* Es werden Arbeitsabläufe zur schnellen Umverteilung von Ressourcen und Personal zwischen Grenzabschnitten aufgestellt, unter anderem Arbeitsabläufe, die benötigt werden, wenn das RCC oder das funktionale Koordinierungszentrum Unterstützung vom NCC anfordern muss.

Das *ationale Koordinierungszentrum (NCC)*, das für alle Grenzabschnitte zuständig ist, führt die folgenden Aufgaben aus:

- Beratung auf nationaler Ebene;
- gegebenenfalls Treffen von Arbeitsvereinbarungen und Schaffen von Verbindungsstrukturen mit zuständigen nationalen Behörden;
- Unterstützung der Gesamtplanung für nationale Einsätze und Überwachung der effizienten Durchführung dieser Einsätze;
- Verarbeitung von Daten und Durchführung von Risikoanalysen zur Unterstützung der Einsatzplanung;
- Koordinierung der auf nationaler Ebene gewährten Unterstützung (z. B. von verschiedenen nationalen Behörden);
- Gewährleistung der Weitergabe von Informationen über alle Vorfälle an den Außengrenzen durch das NCC an die Agentur spätestens *vier Stunden* nach Erhalt der Informationen vom LCC;
- falls einem Grenzabschnitt ein *hohes* Risiko zugeordnet wurde, muss das NCC
- sicherstellen, dass das zuständige LCC innerhalb von *drei Wochen* geeignete(s) zusätzliche Ressourcen und zusätzliches Personal erhält;
- Unterstützung von der Agentur anfordern; die Agentur beantwortet einen Antrag auf Unterstützung des NCC innerhalb von *fünf* Arbeitstagen (positiv oder negativ) und legt einen Zeitplan sowie den Umfang einer möglichen Unterstützung fest;
- informiert die Agentur regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen (vorzugsweise täglich) und übermittelt der Agentur monatlich einen zusammenfassenden Bericht über die ergriffenen Maßnahmen.<sup>51</sup> Die Agentur verwendet diese Berichte im Rahmen ihrer regelmäßigen Beurteilung der Grenzabschnitte.

*Bewährte Praktiken:*

Es werden direkte und sichere Kommunikationswege zwischen dem NCC und den RCC/funktionalen Koordinierungszentren/LCC und anderen zuständigen nationalen Behörden eingerichtet.

<sup>51</sup> Das NCC kann diese Berichte gegebenenfalls mit den Berichten des ICC verbinden.



Es werden Regeln für Arbeitsabläufe, für den Austausch geheimer und nicht geheimer Informationen und für die routinemäßige Zusammenarbeit zwischen dem NCC und den RCC/LCC aufgestellt.

Das NCC hat einen Überblick über die/das in jedem Grenzabschnitt eingesetzte(n) Ressourcen und Personal sowie einen Überblick über zusätzlich verfügbare(s) Ressourcen und Personal auf nationaler Ebene, die/das in Grenzabschnitten mit hohem Risiko bereitgestellt werden könnte(n).

Falls benachbarten Außengrenzabschnitten ein unterschiedlich hohes Risiko zugeordnet wurde, kann/können der/die betroffene(n) Mitgliedstaat(en) potenziell kritische Gebiete innerhalb des Grenzabschnitts bestimmen und zusätzliche Ressourcen für die Grenzüberwachung in diesem Gebiet abstellen.

#### **3.3.6.2 Geringes Risiko**

Für Grenzabschnitte mit geringem Risiko muss der Mitgliedstaat im Grenzgebiet ausreichend Ressourcen einsatzbereit halten. Auf regionaler und lokaler Ebene sind Reserveressourcen zu ermitteln und auf Anforderung einzusetzen.

#### **3.3.6.3 Mittleres Risiko**

Wird einem Außengrenzabschnitt ein mittleres Risiko zugeordnet, so muss der Mitgliedstaat zusätzlich zu den oben beschriebenen Maßnahmen die Überwachungsmaßnahmen durch die Einführung zusätzlicher Maßnahmen verstärken. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Maßnahmen durch Risikoanalysen und verfügbare Überwachungsinstrumente stützen. Werden solche Überwachungsmaßnahmen ergriffen, ist das NCC hierüber in Kenntnis zu setzen. Das NCC kann Unterstützung leisten, entweder auf Antrag oder aus eigener Initiative, um Ressourcen an diesem Grenzabschnitt zu verstärken.

*Bewährte Praktiken:* Auf strategischer Ebene leistet das NCC Lagebeobachtung, Risikoanalyse und Unterstützung beim Ressourcen- und Personalmanagement, einschließlich der Planung von Reserven.

Auf der operativen und taktischen Ebene setzen das RCC und das LCC die zusätzlichen Überwachungsmaßnahmen um und führen verstärkt Grenzkontrolltätigkeiten durch, insbesondere in den als kritisch ermittelten Gebieten innerhalb des Grenzabschnitts.

#### **3.3.6.4 Hohes Risiko**

Falls einem Außengrenzabschnitt ein hohes Risiko zugeordnet wurde, muss der Mitgliedstaat sicherstellen, dass auf nationaler Ebene verstärkt Überwachungsmaßnahmen ergriffen werden.

*Bewährte Praktiken:* Das NCC

- bestimmt einen Beamten, der für die Beobachtung und Steuerung der Lage am jeweiligen Außengrenzabschnitt zuständig ist;
- erhält Verstärkung, um den erhöhten Bedarf an Informationsaustausch, Risikoanalyse und Zusammenarbeit auf nationaler Ebene und mit benachbarten Ländern zu bewältigen;
- beruft gegebenenfalls den Krisenstab ein, der sich aus allen beteiligten Behörden zusammensetzt;
- regelt die Beteiligung sonstiger nationaler Behörden;
- beurteilt die Lage und fordert gegebenenfalls Unterstützung von der Agentur an.
- Lokale/regionale Behörden

- stellen unter Koordination der leitenden nationalen Behörde zusätzliche Ressourcen bereit;
- halten das NCC über ergriffene Maßnahmen und deren Auswirkungen auf dem Laufenden.

Die Agentur verwendet eigene Verfahren zur Erbringung der oben aufgeführten Unterstützungsleistungen. In begründeten Fällen hat die Agentur das Recht, Anträge auf Unterstützung im Einzelfall abzulehnen.

### **3.3.7 Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern**

Falls einem Außengrenzabschnitt, der an einen anderen Mitgliedstaat oder ein Land angrenzt, mit dem Abkommen bestehen oder regionale Netzwerke unterhalten werden, ein mittleres oder hohes Risiko zugeordnet wurde, setzt sich das NCC mit dem benachbarten Land in Verbindung und koordiniert die erforderlichen grenzübergreifenden Maßnahmen. Die Mitgliedstaaten müssen ferner Anstrengungen unternehmen, um die Zusammenarbeit mit Drittländern zu verstärken, mit denen sie eine gemeinsame Grenze haben, der ein hohes oder mittleres Risiko zugewiesen wurde.

Die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Ländern muss sich auf einschlägige bilaterale Abkommen stützen, die Normen und Standards entsprechen, die denen gleichwertig sind, die von EU- und internationalem Recht vorgegeben werden. Soweit möglich, sollte das NCC andere NCC auf das Bestehen solcher Abkommen hinweisen, damit andere Mitgliedstaaten das NCC um einen erleichterten Informationsaustausch mit diesem Drittland ersuchen können, sollte ein Einsatz dies erforderlich machen. Möglichkeiten zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen benachbarten Ländern beinhalten:

- eine Einigung auf eine gemeinsam zu verwendende Sprache und Terminologie;
- die Einrichtung von Mechanismen zum Informationsaustausch;
- den Austausch von Lagebildern über Grenzabschnitte benachbarter Mitgliedstaaten;
- die regelmäßige Durchführung gemeinsamer Aktionen – z. B. gemeinsame Patrouillen und gemeinsame Aktionen von Mitgliedstaaten;
- die Einrichtung gemeinsamer Verfahren zur Unterstützung der Zusammenarbeit in bestimmten Szenarien.

### **3.3.8 Beurteilung von Einstufungen**

In ihren Risikoanalysen beurteilt die Agentur zusammen mit dem/den zuständigen Mitgliedstaat(en) die Zuordnung von Einstufungen sowie die Maßnahmen, die infolgedessen auf nationaler und EU-Ebene ergriffen wurden. Die Reaktionszeit eignet sich zur Beurteilung der Reaktionsfähigkeit. Auf taktischer Ebene entspricht sie der Zeit, die benötigt wird, eine Alarmmeldung herauszugeben, Kräfte an den Brennpunkt zu verlegen und Gegenmaßnahmen auf die Grenzverletzung vorzubereiten, wobei diese mit dem Zeitpunkt des Aufspürens bzw. Erkennens beginnt und endet, wenn alle Kräfte einsatzbereit sind und alle Einsatzvorbereitungen abgeschlossen wurden.

## 4 Technische Leitlinien

### 4.1 Kommunikationsnetz von EUROSUR<sup>52</sup>

#### 4.1.1 Rollen und Zuständigkeiten

Das Kommunikationsnetz von EUROSUR (ECN) wurde als ein Netzwerk von *Knotenpunkten* eingerichtet, die untereinander Informationen austauschen. Ein Knotenpunkt (Node) ist ein vollständiges Set, bestehend aus Hard- und Software, das von der Agentur an die NCC geliefert wird und jedes NCC in die Lage versetzt, Informationen mit anderen NCC und der Agentur auszutauschen und auf die von der Agentur bereitgestellten Informationsdienste zuzugreifen. Wartung und Support für das ECN übernimmt der für die technische Leitung verantwortliche Dienst „*EUROSUR Technical Management Services (EMTS)*“.

Das NCC muss eine Verbindung zum Internet bereitstellen, aufrechterhalten und diesbezüglich Support leisten, die dazu dient, den Knotenpunkt mit dem ECN zu verbinden. Die Verbindungsgeschwindigkeit muss mindestens 10 MBit/s betragen. Es kann auch eine höhere Bandbreite erforderlich sein, je nach Art der Nutzung und der Anzahl der gleichzeitigen ECN-Nutzer im betreffenden Mitgliedstaat.

Genaue Angaben zu den Verpflichtungen der Agentur und der Mitgliedstaaten, die an den Knotenpunkt angeschlossen sind, befinden sich in der Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zur Regelung der operativen Nutzung des ECN, dessen technischer Betreuung und der zu erfüllenden Security Baseline. Die Agentur behält das Eigentum an der Hard- und Software des ECN und ist für seine Wartung und Weiterentwicklung verantwortlich.

Die Agentur unterstützt Nutzer des Knotenpunkts über speziell für den Knotenpunkt zuständige IT-Administratoren und den technischen Ansprechpartner für EUROSUR in jedem NCC. Das ECN ist täglich rund um die Uhr verfügbar, ausgenommen sind Wartungszeiten.

#### 4.1.2 Anwendungsmanagement

Die Entwicklungs- und Wartungsarbeiten für die Anwendung und für die Dienste von EUROSUR übernimmt die Agentur im Einklang mit dem Memorandum of Understanding. Anwendungsrelevante Änderungen erfolgen nach dem in Kapitel 4.4 beschriebenen Änderungsmanagementprozess. Die Agentur plant die Einführung neuer Versionen und ihre Inhalte und teilt allen Knotenpunkten im Voraus Einzelheiten hierzu mit. Alle Knotenpunkte werden über Fortschritte bei der Einführung und über diesbezügliche Ergebnisse informiert. Jede Anwendung und jedes System innerhalb des Knotenpunkts und innerhalb des ECN müssen, soweit zutreffend, den Normen entsprechen, die von folgenden Gremien festgelegt werden:

- dem Open Geospatial Consortium;
- dem Open Web Application Security Project;
- dem Open Source Security Testing Methodology Manual.

#### 4.1.3 EUROSUR Technical Management Services (ETMS)

Die für die technische Leitung verantwortlichen Dienste von EUROSUR ETMS sind am Hauptsitz der Agentur ansässig. Die Agentur ist dafür zuständig, diese Dienste für die NCC zu erbringen. Die Hauptaufgaben der Agentur in diesem Bereich sind:

1. Administration des ECN und Systemwartung;

---

<sup>52</sup> Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

2. Entwicklung der Hard- und Software für das ECN nach Maßgabe der in Kapitel 4.4 beschriebenen Änderungsprozesse;
3. Ausweitung des ECN auf neue Standorte;
4. Gewährleistung der Sicherheit des ECN;
5. Unterstützung des Personals (technischen Ansprechpartners und IT-Administrators) von NCC und aller Nutzer bei der Agentur.

Die NCC der Mitgliedstaaten können täglich rund um die Uhr auf die ETMS zugreifen.

Die ETMS umfassen folgende Dienste:

#### *1) Infrastruktur und Anwendung(en)*

- *Support und Fehlerbehebung:* Hilfe bei der Lösung von IKT-Vorfällen und -Problemen, die innerhalb des ECN auftreten können, und Information und Beratung der NCC bezüglich EUROSUR-Anwendungen und -Infrastruktur.
- *Benutzer- und Rollenverwaltung:* Unterstützung der IT-Administratoren des Knotenpunkts bei der Erstellung, Änderung und Löschung von Benutzerkonten und bei der Zuordnung von Rollen innerhalb von EUROSUR zu Benutzerkonten.
- *Überwachung:* Überwachung des Systemstatus und der Systemfunktionen innerhalb der IT-Infrastruktur und zwischen den Knotenpunkten.
- *Updates:* Installation der neuesten Softwareupdates, um sicherzustellen, dass Schwachstellen oder Fehler mit den neuen Versionen behoben werden.
- *Backup:* Tägliche Überprüfung des Backup-Status innerhalb der ETMS-Infrastruktur und der Knotenpunkte von EUROSUR.

#### *2) Sicherheit*

- *Firewalls:* Ereignisüberwachung, Fehlersuche, Erstellung, Änderung und Löschung von Firewall-Regeln für das gesamte ECN – mit Ausnahme der von den NCC eingesetzten Firewalls.
- *Intrusion Prevention-Systeme:* Ereignisüberwachung, Signaturen- und Software-Updates.
- *Virtuelles Privates Netzwerk (VPN):* Überwachung, Fehlersuche, Erstellung, Änderung und Löschung von Site-to-Site-VPNs zwischen Knotenpunkten von EUROSUR sowie zwischen Knotenpunkten von EUROSUR und der ETMS-Infrastruktur.
- *Public Key-Infrastruktur:* Ausstellen, Widerrufen und Erneuern digitaler Zertifikate und Bereitstellung von Support für die IT-Administratoren des NCC bei der Installation der EUROSUR-Knotenpunkte.
- *Sicherheits-Audits:* Durchführung regelmäßiger Sicherheits-Audits (Quelltextaudit und Penetrationstests) unter Einhaltung der vorgegebenen Verfahren.
- *Dokumentation:* Erstellung und Aktualisierung der vorhandenen Sicherheitsdokumentation

#### *3) Sonstige Dienste*

- *Dokumentation:* Erstellung und Aktualisierung der technischen Dokumentation.
- *Schulungsunterlagen:* Erstellung und Aktualisierung von Schulungsunterlagen und Benutzerhandbüchern.
- *Technische Schulungen:* Technische Ausbildung von technischem Personal in den NCC und der Agentur.
- *Operative Schulung:* Operative Ausbildung von operativem Personal in den NCC und der Agentur.

#### **4.1.4 IT-Administrator des Knotenpunkts und entsprechende Aufgaben**

Ein IKT-Administrator des Knotenpunkts ist im NCC dafür zuständig, basierend auf den von der Agentur beschriebenen Aufgaben (z. B. Erstellung von Benutzerkonten) technischen Support für den Knotenpunkt der Agentur zu leisten und auf Anweisung der Agentur bestimmte technische Tätigkeiten durchzuführen (z. B. Neustarten von Diensten, Neustarten von Geräten). In jedem NCC werden mindestens ein, bevorzugt zwei IKT-Administratoren des Knotenpunkts für die Durchführung der folgenden Aufgaben benötigt:

- (1) Installation von Zertifikaten der Agentur;
- (2) Betreuung des Zugangspunkts zum Internet, der für das ECN verwendet wird;
- (3) Verwaltung der Benutzerkonten;
- (4) Verwaltung der E-Mail-Konten der EUROSUR-Domäne;
- (5) Unterstützung der ETMS bei Aufgaben, die nicht über Fernzugriff ausgeführt werden können;
- (6) Anforderung von Unterstützung durch ETMS bei Fragen, die vor Ort nicht geklärt werden können;
- (7) Überwachung der Funktionen des nationalen ECN-Knotenpunkts;
- (8) Unterrichtung der Agentur über Störungen und technische Vorfälle;
- (9) Analyse technischer Vorfälle im Zusammenhang mit dem IKT-System, die sie festgestellt haben oder die in der Zuständigkeit des Mitgliedstaats liegen (wenn z. B. einige Nutzer aufgrund eines nicht funktionierenden Netzwerkgeräts im Netzwerk des Mitgliedstaats nicht auf das ECN zugreifen können);<sup>53</sup>
- (10) Berichterstattung an die Agentur über Probleme, die ein Eingreifen der Agentur erfordern oder Information der Agentur über Probleme, die sich auf die Internetverbindung auswirken;
- (11) Berichterstattung über etwaige Sicherheitsprobleme, die im ECN festgestellt wurden, an den Beauftragten für die IT-Sicherheit des NCC und Berichterstattung über etwaige Sicherheitsprobleme im nationalen System, das an das ECN angeschlossen ist, wenn diese die Sicherheit des ECN beeinträchtigen könnten.

#### **4.1.5 Umsetzung technischer Änderungen**

Jedwede Änderung am ECN oder an untergeordneten Infrastrukturen, die sich möglicherweise auf das ECN oder auf das Netzwerk anderer Parteien oder auf die eingerichteten Verbindungen auswirken könnte, muss einen Änderungsmanagementprozess durchlaufen, der die andere Partei als Beteiligte einbezieht. Die andere Partei muss hierüber schriftlich mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf unterrichtet werden. Der Änderungsmanagementprozess ist einzuhalten, wie im Memorandum of Understanding, in den Betriebsverfahren zur Sicherheit des ECN und in den internen Verfahren der Agentur vorgegeben, um ein gleichbleibend hohes Sicherheitsniveau und die Akkreditierungsstufe aufrechtzuerhalten.

Jede Änderung an der technischen Umgebung des ECN, die Auswirkungen auf die Verfügbarkeit des Systems hat, muss zuvor von der Agentur (z. B. bei Änderungen am

---

<sup>53</sup> Diese Aufgabe kann an den IKT-Support des NCC übertragen werden (z. B. das Helpdesk), sofern dieser beurteilen kann, welches System den technischen Vorfall ausgelöst hat (d. h. die IKT-Infrastruktur des Mitgliedstaats oder die Infrastruktur des ECN-Knotenpunkts).



Knotenpunkt) oder von den Mitgliedstaaten (z. B. bei Änderungen an der zur Einrichtung der VPN-Verbindungen zwischen Knotenpunkten verwendeten Internetinfrastruktur oder bei Änderungen an den Verbindungsleitungen) angekündigt werden. Änderungen, die Modifikationen am System der anderen Partei erforderlich machen, müssen mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf angekündigt werden, und zwar unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Änderungen auf das System der anderen Partei und des voraussichtlichen Zeitaufwands für die Untersuchung, Ausarbeitung und Umsetzung dieser Änderungen.

#### 4.1.6 Benutzerhandbücher

Die Agentur erstellt, aktualisiert und verbreitet über das ETMS Benutzerhandbücher für Nutzeranwendungen und innerhalb des ECN verfügbare Dienste. Alle Benutzerhandbücher müssen aktualisiert werden, um neue Entwicklungen widerzuspiegeln.

## 4.2 Schulung

Alle EUROSUR-Nutzer (NCC und Personal der Agentur) müssen zur Durchführung der ihnen innerhalb des EUROSUR-Rahmens zugewiesenen Aufgaben und somit zur Gewährleistung einer reibungslosen Funktionsweise von EUROSUR entsprechende Schulungen erhalten. Die unten stehenden Schulungskategorien berücksichtigen die verschiedenen Bedürfnisse der Nutzer. Die Ermittlung des Schulungsbedarfs und die diesbezügliche Prioritätensetzung ist ein fortwährender gemeinsamer Prozess, der zwischen der Agentur und den NCC abläuft. Der Schulungsbedarf wird im jährlich aufgestellten Schulungsplan von EUROSUR erfasst, der von der Agentur betreut wird. Schulungsmaßnahmen erfolgen entweder aufgrund dieses Schulungsplans oder auf Antrag von Nutzern.

Schulungskategorien	1. NCC-Schulung	2. Technische IT-Schulung	3. Anwenderschulung
<b>Zielgruppe</b>	Personal des NCC (z. B. Management, Betriebspersonal, Analysten, IT-Mitarbeiter)	IT-Administratoren des ECN (Systemadministratoren, Netzwerkspezialisten)	Schulungspersonal der Mitgliedstaaten (Schulung von Multiplikatoren)
<b>Inhalt</b>	1. Tägliches, routinemäßiges Management und Krisenmanagement, einschließlich Einhaltung von Grundrechten 2. Erfahrungsaustausch und bewährte Praktiken 3. Verbesserung der Zusammenarbeit mit NCC, einschließlich Personalaustausch	1. ECN-Architektur 2. Wartungsaufgaben	1. Anwendungsnutzung unter Berücksichtigung verschiedener Rollen (Betrachter, Bediener) 2. Anwendungsmanagement für Informationsmanager und Anwendungsmanager
<b>Organisation und zeitliche Planung</b>	<u>Geplant:</u> Regelmäßig für alle NCC	<u>Geplant:</u> Regelmäßig oder bei Änderungen (z. B. neue	<u>Geplant:</u> Regelmäßig oder bei Änderungen (z. B. neue



	<u>Auf Antrag:</u> Auf regionaler/bilateraler Ebene	Version/Komponente) <u>Auf Antrag:</u> z. B. bei Feststellen eines bestimmten technischen Problems oder bei Beantragung einer bestimmten Änderung	Version/Komponente)
<b>Bereitgestellt durch:</b>	Ausgewählte NCC, die die Schulung in Kooperation mit der Agentur veranstalten	die Agentur	Ausbilder der Mitgliedstaaten und die Agentur

Schulungskategorien	4. Operative/inhaltsbezogene Schulung	5. Schulung zur Kompetenzentwicklung	6. Individuell zugeschnittene Schulung
<b>Zielgruppe</b>	Ausgewählte Nutzer, entsprechend ihren jeweiligen Rollen und Aufgaben	Ausgewählte Nutzer, entsprechend ihren jeweiligen Rollen und Aufgaben	Ausgewählte Nutzer, entsprechend ihren jeweiligen Rollen und Aufgaben
<b>Inhalt</b>	Ereignisschicht Analyseschicht Einsatzschicht Gemeinsame Anwendung von Überwachungsinstrumenten	Inhalte der EUROSUR-Dienste (z. B. Analyse von Satellitenaufnahmen, Grundrechte, Informationssicherheit)	Spezieller Bedarf, z. B.: wenn ein Mitgliedstaat EUROSUR beiträgt; wenn das EUROSUR-System an nationale Systeme angeschlossen wird
<b>Organisation und zeitliche Planung</b>	<u>Geplant:</u> Regelmäßig oder bei Änderungen (z. B. Einführung neuer Dienste, neuer Informationsumfang, neue Berichtspflichten) <u>Auf Antrag:</u> Nach Identifizierung eines neuen, nicht im EUROSUR-Schulungsplan enthaltenen Themengebiets	<u>Geplant:</u> Regelmäßig oder bei Änderungen (z. B. Einführung neuer Dienste, neuer Informationsumfang, neue Berichtspflichten) <u>Auf Antrag:</u> Nach Identifizierung eines neuen, nicht im EUROSUR-Schulungsplan enthaltenen Themengebiets	<u>Auf Antrag:</u> z. B. aufgrund außergewöhnlicher Umstände
<b>Bereitgestellt durch:</b>	die Agentur	die Agentur (in Kooperation mit Partnern, z. B. dem EU-Satellitenzentrum)	die Agentur in Kooperation mit Partnern

## **4.3 Sicherheitspolitik und Sicherheitsmanagement<sup>54</sup>**

### **4.3.1 Sicherheitsziele**

Das ECN ermöglicht die sichere Handhabung, Speicherung, Übertragung und Verarbeitung geheimer EU-Verschlussachen (EU classified information – EUCI) bis zum Geheimhaltungsgrad RESTREINT UE/EU RESTRICTED.

#### **4.3.1.1 Informationsarten**

Die Agentur und die NCC müssen sicherstellen, dass EUCI entsprechend klassifiziert werden, eindeutig als Verschlussachen gekennzeichnet werden und der diesbezügliche Geheimhaltungsgrad so lang wie nötig aufrechterhalten wird. Das ECN enthält folgende Arten von Informationen:

- Verschlussachen: diese beinhalten Informationen zu Kräften und alle Informationen, die vom Dateneigner mit dem Geheimhaltungsgrad RESTREINT UE/EU RESTRICTED gekennzeichnet wurden;
- sensible, nicht als Verschlussachen gekennzeichnete Daten: alle Informationen, die nicht als Verschlussachen gekennzeichnet sind, sind als sensible, nicht als Verschlussachen gekennzeichnete Daten zu betrachten;
- personenbezogene Daten, die Schiffsidentifizierungsnummern betreffen, und Daten, die vom Dateneigner innerhalb des NSP als personenbezogene Daten gekennzeichnet wurden.

Die Dateneigner sind für die Zuordnung, Aktualisierung und Herabstufung des Geheimhaltungsgrads von Informationen zuständig und rechenschaftspflichtig. Produkte im Zusammenhang mit eigenen Kräften werden innerhalb des ECN mit dem Geheimhaltungsgrad RESTREINT UE/EU RESTRICTED gekennzeichnet, auch wenn sie vom Generierer der Daten nicht als solche gekennzeichnet wurden. Nutzer können den Geheimhaltungsgrad dieser Produkte nicht aufheben. Der Generierer des Dokuments muss vorab seine schriftliche Zustimmung erteilen, wenn der Geheimhaltungsgrad anderer EUCI gleich welcher Art herabgestuft oder aufgehoben oder Kennzeichnungen geändert oder aufgehoben werden soll(en).

#### **4.3.1.2 Schutz sensibler, nicht als Verschlussache gekennzeichneter Daten und mit dem Geheimhaltungsgrad EU RESTRICTED gekennzeichneter Informationen**

Die Agentur muss sensible, nicht als Verschlussache gekennzeichnete Daten und als EU-Verschlussache gekennzeichnete Daten gemäß Artikel 11 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 schützen, durch den die Agentur verpflichtet ist, die Sicherheitsvorschriften der Kommission anzuwenden.<sup>55</sup> Alle nicht als Verschlussache gekennzeichneten Daten, die im Rahmen von EUROSUR verarbeitet werden, sind als „sensible, nicht als Verschlussachen gekennzeichnete Daten“ zu betrachten. Innerhalb des ECN sind diese Informationen, sofern dies technisch möglich ist, als Daten „mit eingeschränktem Zugriff“ („LIMITED“) zu kennzeichnen.

Bringen NCC Verschlussachen, die mit einem nationalen Geheimhaltungsgrad gekennzeichnet sind, in das ECN ein, so schützt die Agentur diese Verschlussachen nach Maßgabe der Anforderungen, die für EUCI des entsprechenden Geheimhaltungsgrades gemäß der Entsprechungstabelle der Geheimhaltungsgrade gelten. Die NCC müssen nicht als

<sup>54</sup> Siehe Artikel 7 Absätze 3, 4 und 5 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>55</sup> Beschluss (EU, Euratom) 2015/444 der Kommission vom 13. März 2015 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlussachen.

Verschlusssachen gekennzeichnete, sensible Daten und als Verschlusssachen gekennzeichnete Informationen innerhalb des ECN nach Maßgabe nationaler Vorschriften und der in der Sicherheitszulassung des ECN festgelegten Betriebsverfahren für die Sicherheit des Systems austauschen, verarbeiten und speichern.

#### **4.3.1.3 Sicherheitsüberprüfung des Personals**

Die Kriterien zur Bestimmung, ob einer Einzelperson Zugang zu EUCI gewährt werden kann, basieren auf der Vertrauenswürdigkeit, Verlässlichkeit und Loyalität dieser Person.

#### **4.3.1.4 Gewährung des Zugangs zu EU-Verschlusssachen – Grundsätze**

Eine Person erhält nur dann Zugangs zu Verschlusssachen, wenn

- sie Kenntnis über diese Informationen haben muss;
- sie über Sicherheitsvorschriften und -verfahren zum Schutz von EUCI informiert wurde und ihre Verantwortung im Hinblick auf den Schutz solcher Informationen bestätigt hat; und,
- sofern nationale Gesetzen und Verordnungen dies verlangen, sie eine Genehmigung für den Zugang zu Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades erhalten hat.

#### **4.3.1.5 Benutzerzugangskontrolle**

Die Verwaltung des Zugangs zum ECN und zu den ECN-Anwendungen basiert auf den folgenden Sicherheitsgrundsätzen:

- Genehmigungen für den Zugang zum ECN und zu den ECN-Anwendungen sind auf der Grundlage einer individuellen Identifizierung und Authentifizierung zu erteilen;
- Benutzerzugangsberechtigungen sind auf die Bedingung „Kenntnis nur, wenn nötig“ zu beschränken;
- die Zuteilung und Verwendung privilegierter Konten ist auf ein Mindestmaß zu beschränken;
- IKT-Systeme sind entsprechend zu konfigurieren, um diese Richtlinien technisch umzusetzen;
- Benutzerberechtigungen sind regelmäßig nach einem formellen Überprüfungsprozess zu überprüfen.

Die Nutzer erhalten Zugang zum ECN, nachdem sie ein Sicherheitsverfahren durchlaufen haben, das mindestens aus der Eingabe und Überprüfung eines Anmeldenamens und eines Passworts besteht und den Standards der Agentur entspricht. Diese Regel gilt auch für verbundene Systeme, nicht jedoch für eine Verbindung über die Integrationsschnittstelle des EUROSUR-Knotenpunkts, für die nationale Authentifizierungsverfahren zur Anwendung kommen.

Die Agentur und die Mitgliedstaaten verwalten ihre Nutzer, indem sie Konten für diese erstellen, ändern, sperren und löschen und ihnen zur Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechende Zugangsgenehmigungen zum ECN erteilen. Hierzu wenden sie die ECN-Benutzerverwaltungsrichtlinien an, um zu gewährleisten, dass die betreffende Person mit Zuständigkeit für diesen Bereich die Erstellung von Konten und die Beantragung der zugehörigen Genehmigungen sorgfältig in Erwägung zieht. Diese basieren darauf, dass der Nutzer mindestens eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen oder eine gleichwertige nationale Genehmigung für den Geheimhaltungsgrad RESTREINT UE/EU RESTRICTED oder einen entsprechenden Geheimhaltungsgrad auf nationaler Ebene erhalten hat, sowie auf dem Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig“. Diese Person führt eine jährliche Überprüfung der

ECN-Benutzer und ihrer Genehmigungen durch. Entsprechend dieser Überprüfung nimmt sie erforderliche Änderungen am Status der Konten und der zugehörigen Genehmigungen vor.

Genaue Vorschriften und Anforderungen sind den Akkreditierungsunterlagen zu entnehmen.

#### **4.3.2 Physische Sicherheitsmaßnahmen**

EUCI mit dem Geheimhaltungsgrad RESTREINT UE/EU RESTRICTED dürfen in „Verwaltungsbereichen“ verarbeitet werden. Die Agentur und die NCC müssen einen Bereich einrichten, der den Anforderungen entspricht, bevor dieser als Verwaltungsbereich bezeichnet werden kann. Dies bedeutet, dass

- eine sichtbare äußere Abgrenzung eingerichtet wird, die die Kontrolle von Personen und gegebenenfalls von Fahrzeugen ermöglicht;
- nur Personen, die von einer zuständigen Behörde entsprechend ermächtigt wurden, diesen Bereich unbegleitet betreten dürfen und
- bei allen anderen Personen eine ständige Begleitung oder eine gleichwertige Kontrolle sicherzustellen ist.

#### **4.3.3 Schutz von Informationen, die in Kommunikations- und Informationssystemen verarbeitet werden**

##### **4.3.3.1 Akkreditierung des ECN**

Das ECN und miteinander verbundene Kommunikations- und Informationssysteme müssen ein Akkreditierungsverfahren nach Maßgabe der Beschreibung in dem zwischen den Mitgliedstaaten und der Agentur unterzeichneten Memorandum of Understanding durchlaufen. Im Rahmen des Akkreditierungsprozesses wird überprüft, ob alle geeigneten Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt wurden und ob die EUCI und das Kommunikations- und Informationssystem ausreichend geschützt sind. In der Akkreditierungserklärung werden der maximale Geheimhaltungsgrad der Informationen, die in einem bestimmten Kommunikations- und Informationssystem verarbeitet werden dürfen, bestimmt und die hierfür geltenden Bestimmungen und Bedingungen angegeben. Der Akkreditierungsprozess wird von der Agentur in ihrer Rolle als Akkreditierungsstelle betreut; sie leistet dies mit Unterstützung der Mitgliedstaaten und im Einklang mit den Leitlinien der Europäischen Kommission zur Sicherheitsakkreditierung von IT-Systemen.

Änderungen am System erfolgen unter der Berücksichtigung, dass das höchstmögliche Sicherheitsniveau eingehalten werden muss. Dies wird erreicht, indem die mit diesen Änderungen verbundenen Risiken bewertet werden, entsprechende risikomindernde Maßnahmen ermittelt und umgesetzt werden und die Wirksamkeit dieser risikomindernden Maßnahmen regelmäßig überprüft wird. Erhebliche Änderungen am ECN können dazu führen, dass das ECN völlig neu akkreditiert werden muss, abhängig vom Ergebnis der Risikobewertung zur Messung der Auswirkungen der Änderungen auf die Sicherheit.

##### **4.3.3.2 Verbindung anderer Systeme mit dem Netzwerk**

Das ECN kann mit anderen Systemen verbunden werden, sofern die Bedingungen in Artikel 6 und in den Anhängen 1 und 5 des Memorandum of Understanding erfüllt sind. In diesen Fällen geltende Akkreditierungsanforderungen sind dem Memorandum of Understanding zu entnehmen.

#### **4.3.4 Sicherheitsrollen und Zuständigkeiten**

##### **4.3.4.1 Sicherheitsrollen innerhalb der Agentur**

<b>Akkreditierungsstelle</b>	Die Agentur ist die Sicherheitsakkreditierungsstelle für das ECN.
------------------------------	---

<b>für Sicherheit</b>	Sie ist allgemein für den Bereich der Sicherheit und für die speziellen Bereiche der Informationssicherheit, Kommunikationssicherheit und kryptografischen Sicherheit zuständig.
<b>ECN-Sicherheitsbeauftragter</b>	Der Sicherheitsbeauftragte bei der Agentur ist der ECN-Sicherheitsbeauftragte, der mit dem Schutz von EUCI insgesamt befasst ist.
<b>Beauftragter für die zentrale IT-Sicherheit des ECN</b>	Der Informationssicherheitsbeauftragte bei der Agentur ist der Beauftragte für die zentrale IT-Sicherheit des ECN. Er muss gegebenenfalls in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, dass das Sicherheitsniveau des ECN entsprechend aufrechterhalten wird und dass alle gemeldeten IT-Vorfälle erfasst, analysiert und gelöst werden.
<b>Der IKT-Sicherheitsbeauftragte der Agentur</b>	Der IKT-Sicherheitsbeauftragte der Agentur hat die Aufgabe, die Überwachung sicherheitsrelevanter Aspekte des ECN zu kontrollieren und alle gemeldeten Vorfälle zu untersuchen.
<b>Eigentümer des technischen Systems</b>	Der Eigentümer des technischen Systems ist zuständig für die Anwendung und Durchführung von Kontrollen und speziellen Sicherheitsfunktionen im ECN. Er legt die Sicherheitsstandards und -praktiken fest, die der Systemanbieter einhalten muss, und ist für die Ausarbeitung der sicherheitsrelevanten Betriebsverfahren zuständig.
<b>Datenschutzbeauftragter</b>	Der Datenschutzbeauftragte stellt sicher, dass personenbezogene Daten im ECN nach Maßgabe der für die Agentur geltenden Vorschriften und Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten verarbeitet werden.

#### 4.3.4.2 Sicherheitsbeauftragte in den Mitgliedstaaten

Jeder Mitgliedstaat benennt eine Person für die folgenden Rollen:

- eine Person mit Zuständigkeit für die Organisation des NCC und für physische Sicherheitsmaßnahmen im NCC (z. B. Leiter des NCC). Die für diese Aufgabe benannte Person muss sicherstellen, dass:
  - physische Sicherheitsmaßnahmen ergriffen wurden, um mit dem ECN verbundene Ausrüstung zu schützen und um sicherzustellen, dass ausschließlich autorisierte Personen im NCC darauf zugreifen können, einschließlich (sofern zutreffend) Personen an dezentralen Standorten und einschließlich aller anderen Systeme im NCC, die mit dem ECN verbunden sind;
  - alle in nationalen Standards, in nationalen Vorschriften und im Memorandum of Understanding vorgesehenen Richtlinien und Verfahren – die notwendig sind, um innerhalb des ECN gespeicherte und verarbeitete oder extrahierte und außerhalb des ECN verarbeitete, als Verschlusssache gekennzeichnete und sensible, nicht als Verschlusssache gekennzeichnete Daten zu schützen – im NCC eingeführt und vom Personal des NCC angewandt werden (z. B. die Kennzeichnung von Daten oder Dokumenten, die Handhabung von Verschlusssachen, die Überwachung der Anwendung eines Verfahrens zur Zuweisung der richtigen Berechtigungsstufe an ECN-Nutzer und zur regelmäßigen Überprüfung der Berechtigungsstufen);
  - Verfahren im Einklang mit nationalen Akkreditierungsvorschriften (oder gleichwertigen Verfahren) für Systeme eingerichtet werden, die mit dem ECN



verbunden sind; dies erfordert Verbindungsstrukturen mit allen einschlägigen nationalen Behörden im jeweiligen Mitgliedstaat.

- Der Informationssicherheitsbeauftragte (Informatics Security Officer – ISO) des nationalen Koordinierungszentrums (NCC ISO).

Der NCC ISO überwacht sicherheitsbezogene Aspekte von Netzwerken, die mit dem ECN verbunden sind, und untersucht alle gemeldeten Vorfälle. Wenn nötig, wird der NCC ISO von der IKT-Einheit der Agentur unterstützt, wobei der IKT-Sicherheitsbeauftragte der Agentur als Ansprechpartner dient.

Darüber hinaus muss jeder Mitgliedstaat eine dieser Personen damit beauftragen, die Agentur über sicherheitsrelevante Vorfälle in Kenntnis zu setzen, die Auswirkungen auf den ECN-Knotenpunkt der Agentur oder die Technical Management Services des ECN haben könnten, und alle anderen Mitgliedstaaten, die von etwaigen sicherheitsrelevanten Vorfällen betroffen sind, die Auswirkungen auf ihren ECN-Knotenpunkt haben könnten, in Kenntnis zu setzen.

#### **4.3.4.3 Sonstige Rollen – in der Agentur und in den Mitgliedstaaten**

*Der Dateneigner:* Der Dateneigner ist zuständig für EUCI und andere Informationen, die in das technische System eingespeist, in diesem verarbeitet und von diesem erzeugt werden.

*Nutzer:* Alle Nutzer sind dafür verantwortlich, die einschlägigen Richtlinien und Verfahren anzuwenden und sicherzustellen, dass ihre Tätigkeiten die Sicherheit des von ihnen verwendeten Systems nicht nachteilig beeinflussen.

#### **4.3.5 Kontrollmechanismen und Meldeverfahren im Falle einer Sicherheitsverletzung**

Jegliches Verhalten einer Komponente des ECN oder eines verbundenen Systems, das darauf hinweisen könnte, dass sich innerhalb des ECN ein sicherheitsrelevanter Vorfall ereignet hat oder sich gerade ereignet oder Auswirkungen auf das ECN haben könnte, ist unverzüglich zu melden und vom NCC ISO zu analysieren. Wenn er ein hohes Risiko bestätigt, muss er den Vorfall im Einklang mit den Vorschriften und Verfahren in den Akkreditierungsunterlagen unverzüglich der Agentur melden.

### **4.4 Änderungsmanagement<sup>56</sup>**

#### **4.4.1 Allgemeine Ziele und Vorschriften**

Die Agentur unterstützt die Weiterentwicklung und Anwendung des EUROSUR-Rahmens im Rahmen der und im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013. Verbesserungen und Anpassungen dieses Rahmens stützen sich auf die Änderungsmanagement-Richtlinien der Agentur, die:

- einen übergeordneten Rahmen für die Weiterentwicklung von EUROSUR bilden;
- die Methodik enthalten, nach der Änderungen eingeführt und diesbezügliche Beratungen geführt werden sollen;
- die Bearbeitung von Änderungen in einer strukturierten Form ermöglichen;
- die verschiedenen Arten von Änderungen festlegen;
- genaue Vorgaben für Entscheidungsfindungsprozesse sowie die dafür zuständigen Personen und Organisation enthalten;

---

<sup>56</sup> Siehe die Grundsätze unter Buchstabe b, d und e im Anhang zur Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.



- Informationen über technische Hilfsmittel zur Antragstellung und zum Erhalt von Rückmeldungen bereitstellen;
- einen sicheren Systementwicklungszyklus und die Vereinbarkeit mit der ECN-Sicherheitsakkreditierung gewährleisten;
- sicherstellen, dass bei Änderungen stets die Endnutzer und ihre Bedürfnisse im Fokus stehen.

Alle Änderungen müssen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 entsprechen und im Einklang mit den EUROSUR-Verwaltungsstrukturen entwickelt werden. Dem leitenden Geschäftsinhaber der Agentur für EUROSUR obliegt die Entscheidungsbefugnis. Er ist für die gesamten Geschäftsabläufe der Agentur zuständig und letztlich für die Bereitstellung der Produkte und Dienste der Agentur verantwortlich. Der leitende Geschäftsinhaber:

- wird von der EUROSUR-Expertengruppe (EUROSUR Expert Group – EEG) beraten;
- wird durch das interne Koordinierungssystem der Agentur unterstützt;<sup>57</sup>
- wird vom Änderungsbeirat von EUROSUR unterstützt.

Sind strategische Entscheidungen zur Weiterentwicklung von EUROSUR zu treffen, kann der Vorstand der Agentur um eine Stellungnahme hierzu ersucht werden. Der leitende Geschäftsinhaber kann einige seiner Entscheidungsbefugnisse auf andere Einheiten innerhalb der Agentur übertragen, insbesondere auf den Änderungsbeirat von EUROSUR, dessen Vorsitzender an den leitenden Geschäftsinhaber berichtet und diesem unterstellt ist.

#### 4.4.2 Änderungsarten

Eine Änderung innerhalb des EUROSUR-Rahmens ist, unter Beachtung der Grenzen und Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013, als Ergänzung, Änderung oder Beseitigung einer Komponente des Systems zu verstehen, wodurch sich Auswirkungen auf seine Leistung ergeben. Die Änderung kann von einem einzelnen Mitgliedstaat oder einer Gruppe von Mitgliedstaaten über ihr(e) NCC(s) oder durch die Agentur eingeleitet werden.

- Größere Änderungen (Änderungen, die starke Auswirkungen auf die internen Arbeitsabläufe haben oder eine große Anzahl von Beteiligten betreffen, einen hohen Komplexitätsgrad aufweisen, aktuelle Arbeitsabläufe unterbrechen oder von strategischer oder taktischer Bedeutung sind) müssen unter Verwendung der Änderungsmanagementstruktur und interner Koordinierungssysteme abgewickelt werden. Sie müssen vom leitenden Geschäftsinhaber genehmigt werden.
- Geringfügige/normale Änderungen (Änderungen mit geringen Auswirkungen auf laufende Prozesse und die Bereitstellung von Produkten/Diensten, einem geringen Komplexitätsgrad oder technischer Art) können ohne Einbeziehung der Geschäftsleitung erfolgen und sollten vom Änderungsbeirat entsprechend abgewickelt werden. Sie können zusätzliche Beratung erfordern; dabei kommen interne Koordinierungssysteme zum Einsatz.
- Nicht standardmäßige Änderungen (Änderungen außerhalb des Rahmens von Standardverfahren) müssen vom Änderungsbeirat bewertet und abhängig von ihren

<sup>57</sup> Das interne Koordinierungssystem der Agentur umfasst die interne Kooperation/Beratung zwischen den einzelnen Stellen der Agentur und besteht aus Strukturen und Verfahren zur Einleitung und Entwicklung von Änderungen am EUROSUR-System und beinhaltet darüber hinaus die Zuweisung von Zuständigkeiten für die Umsetzung dieser Änderungen im Auftrag der Agentur.

Auswirkungen und ihrer Komplexität als geringfügige oder größere Änderungen abgewickelt werden. Sie können zusätzliche Beratung erfordern; dabei kommen interne Koordinierungssysteme zum Einsatz.

- Schnelle Korrekturen/Lösungen (meist IT-bezogen) oder standardmäßige Änderungen (Änderungen gemäß standardisierten Modellverfahren, die allen Beteiligten kommuniziert wurden) erfordern keine Rückmeldung von den Verwaltungsstrukturen und werden von den jeweils zuständigen Einheiten in der Agentur betreut.

Dringende Änderungsanträge in Verbindung mit Notsituationen werden nach einem gesonderten Verfahren abgewickelt. Jede Änderung innerhalb des EUROSUR-Rahmens, mit Ausnahme schneller Korrekturen/Lösungen oder standardmäßiger Änderungen, erfordern zur Vereinfachung des Prozesses die Einreichung eines Änderungsantrags nach Maßgabe der von der Agentur bestimmten Anforderungen.

#### **4.4.3 Einleitung eines Änderungsprozesses durch die Mitgliedstaaten**

Die Mitgliedstaaten können Verbesserungen am EUROSUR-Rahmen einleiten über

- die EUROSUR-Expertengruppe oder
- das EUROSUR-Änderungsregister und das Feedbacksystem, das auf der Grundlage des Feedbacktools der EUROSUR Technical Management Services entwickelt wurde.

Die *EUROSUR-Expertengruppe* ist ein Beratungsorgan des leitenden Geschäftsinhabers; sie liefert Stellungnahmen und Empfehlungen von Endnutzern. In dieser Funktion kann sie

- Änderungen prüfen und dazu Stellung nehmen;
- Vorschläge für Änderungen erstellen;
- eingereichte Änderungsvorschläge bewerten (einschließlich Kosten-/Nutzen-Analysen).

Die EUROSUR-Expertengruppe oder die Agentur können über die Einrichtung spezieller Untergruppen oder Arbeitsgruppen zur Vorbereitung bestimmter Änderungsanträge entscheiden.

Beim *EUROSUR-Änderungsregister und -Feedbacksystem* handelt es sich um ein internetbasiertes technisches Tool zur

- Erfassung aller Änderungsanträge und Verfolgung ihres Verarbeitungsstatus;
- Abgabe von Empfehlungen zu/Prüfung von Änderungskonzepten vor Einreichung des Änderungsantrags;
- Meldung von Problemen und Fehlern innerhalb des EUROSUR-Systems, die die Einleitung des Änderungsprozesses notwendig machen;
- Einreichung von Vorschlägen zur Verbesserung des EUROSUR-Systems;
- Information über Neuigkeiten und Teilnahme an Foren, die sich mit dem Betrieb des EUROSUR-Systems befassen;
- Anforderung von Feedback und zum Austausch mit anderen Endnutzern.

Die Agentur überwacht das EUROSUR-Änderungsregister und -Feedbacksystem zur Abwicklung von Änderungsanträgen, die unter Verwendung der internen Koordinierungssysteme der Agentur an den Änderungsbeirat von EUROSUR oder an die EUROSUR-Expertengruppe gestellt wurden, um eine Stellungnahme einzuholen, bevor die Agentur eine endgültige Entscheidung trifft.

#### **4.4.4 Die Rolle des Änderungsbeirats von EUROSUR**

Der Änderungsbeirat von EUROSUR ist ein Beratungs- und Beschlussgremium, das der Agentur unterstellt ist und folgende Aufgaben ausführt:

- Überwachung und Nutzung des EUROSUR-Änderungsregisters und -Feedbacksystems;
- Erfassung und Protokollierung aller geschäftlichen oder technischen Änderungsanträge von internen oder externen Beteiligten, Weiterverfolgung der Abwicklung der Änderungsanträge;
- Beurteilung, Priorisierung und Validierung aller Änderungsanträge;
- gegebenenfalls Anpassung des Status eines Änderungsantrags (z. B. Neueinstufung von geringfügig zu standardmäßig);
- Beschlussfassung und Vorschläge zur zeitlichen Umsetzung von Änderungen;
- Einbringen von Anträgen, bei denen zusätzliche Beratung oder eine Genehmigung erforderlich ist, in die jeweiligen Managementstrukturen, einschließlich der zu diesem Zweck eingerichteten internen Koordinierungssysteme;
- Vorlage von Anträgen hinsichtlich größerer Änderungen beim leitenden Geschäftsinhaber zur endgültigen Beschlussfassung und gegebenenfalls Beratung bei anderen Änderungsanträgen;
- Einbeziehung der EUROSUR-Expertengruppe, sofern eine Stellungnahme dieses Gremiums erforderlich ist;
- Durchführung weiterer Beratungen mit der Agentur, sofern dies angesichts der Auswirkungen und der Komplexität des Änderungsvorschlags nötig ist;
- Bekanntgabe von Beschlüssen und Vorbereitung von Begründungen, wenn ein Änderungsantrag abgelehnt wird.

#### **4.4.5 Regeln für Änderungsanträge**

Änderungsanträge können aus technischen, finanziellen, rechtlichen oder operativen Gründen angenommen oder abgelehnt werden. Sie können darüber hinaus an den Antragsteller zurückgegeben werden mit der Bitte um weitere Begründung oder um Bereitstellung zusätzlicher Informationen, einschließlich Anwendungsfällen, Kostenanalysen und Folgenabschätzungen, bevor ein endgültiger Beschluss gefasst wird. Wird der Änderungsantrag abgelehnt, übermittelt die Agentur dem Antragsteller eine Begründung für die Ablehnung.

Das NCC ist die zentrale Kontaktstelle der Agentur für die Bearbeitung von Änderungsanträgen. Stammt der Änderungsantrag von der EUROSUR-Expertengruppe, wird dieser über das EUROSUR-Änderungsregister und -Feedbacksystem weiterverfolgt. Feststellungen eines NCC können ebenfalls zur Einleitung eines Änderungsantrags im Auftrag von Mitgliedstaaten führen.

### **4.5 Betriebliches Kontinuitätsmanagement<sup>58</sup>**

In der ISO-Norm 22301:2012 wird die Betriebskontinuität als die Fähigkeit einer Organisation definiert, die Bereitstellung von Produkten oder Dienstleistungen bei einem

---

<sup>58</sup> Siehe Anhang zur Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

Störfall bzw. einer Unterbrechung auf einem annehmbaren, vordefinierten Niveau weiter leisten zu können. In dieser Norm wird das betriebliche Kontinuitätsmanagement als ganzheitlicher Managementprozess definiert, in dem

- potenzielle Bedrohungen für eine Organisation und die Auswirkungen dieser Bedrohungen, sollten sie tatsächlich eintreten, auf die Betriebsabläufe ermittelt werden und
- ein Rahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit einer Organisation geschaffen wird, die somit in die Lage versetzt wird, wirksam zu reagieren und auf diese Weise die Interessen ihrer wichtigsten Stakeholder zu schützen, ihren Ruf zu wahren, ihre Marke zu schützen und eine Fortsetzung ihrer wertschöpfenden Tätigkeiten sicherzustellen.

Da es sich beim ECN um ein dezentrales System mit einem Knotenpunkt in jedem Mitgliedstaat und bei der Agentur handelt, ist die Dienstkontinuität sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sicherzustellen.

Risiken und Probleme, die das reibungslose Funktionieren der verschiedenen Komponenten des EUROSUR-Rahmens bedrohen, müssen ermittelt und bewertet werden, und die NCC und die Agentur müssen darauf vorbereitet sein, entsprechend zu reagieren, sollten diese Risiken eintreten. Die NCC und die Agentur müssen potenzielle Auswirkungen einer Bedrohung oder eines Risikos, wodurch der Informationsfluss innerhalb des ECN gefährdet und eine Auswirkung auf die Erstellung, Betreuung und Weitergabe des NSP, ESP und CPIP entsteht, verhindern oder zumindest minimieren.

- Die Agentur ist dafür zuständig, die Risiken und Bedrohungen, denen das ECN als Ganzes ausgesetzt sein könnte, zu prüfen, und stellt seine Stabilität und ein reibungsloses Funktionieren sicher.
- Die NCC sind dafür zuständig, die wirksame Nutzung ihrer EUROSUR-Knotenpunkte sicherzustellen, ihre Daten in das ECN einzuspeisen, die Einrichtungen zu versorgen, die für ein reibungsloses Funktionieren ihres ECN-Knotenpunktes erforderlich sind, und zu gewährleisten, dass die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz des ECN-Knotenpunktes ergriffen wurden. Die NCC müssen die Verbindung zu den NCC-Netzwerken und ihren nationalen Systemen garantieren, damit Daten innerhalb des ECN verwendet und übertragen werden können.

Diese Verpflichtungen müssen durch die Entwicklung von Betriebskontinuitätsplänen innerhalb der Agentur und in jedem NCC erfüllt werden, wie im Memorandum of Understanding beschrieben und basierend auf den folgenden fünf wesentlichen Schritten:

#### **4.5.1 Folgenabschätzung**

Ziel dieses Schrittes besteht darin, die zentralen Prozesse und Funktionen innerhalb des Systems sowie die sich ergebenden Folgen bei deren Nichtverfügbarkeit für betriebliche Prozesse zu ermitteln.

Die Abschätzung beinhaltet die von der Agentur, dem ECN und den NCC bereitgestellten Funktionen und Diensten und kategorisiert diese wie folgt:

- *Kritische Funktionen* – können nicht länger als eine Stunde unterbrochen werden. Eine Nichtverfügbarkeit dieser Funktionen muss unverzüglich behoben werden, da sie erhebliche Auswirkungen auf die Funktionsweise des gesamten EUROSUR-Systems haben.

- *Wesentliche Funktionen* – eine Unterbrechung von maximal einem Tag ist hinnehmbar. Allerdings sollten diese Funktionen so schnell wie möglich wieder hergestellt werden und idealerweise nicht länger als ein paar Stunden ausfallen.
- *Notwendige Funktionen* – Funktionen, die für die reibungslose Funktionsweise des EUROSUR-Systems wichtig sind und von zentraler Bedeutung für die langfristige Leistungsfähigkeit der NCC sind. Diese können bis zu einer Woche unterbrochen werden, ohne dass sie Auswirkungen auf zentrale Leistungen haben; sie sollten aber so schnell wie möglich wiederhergestellt werden.

Eine betriebliche Risikoanalyse für das ECN wurde als Teil des Akkreditierungsprozesses durchgeführt.

#### **4.5.2 Risikomanagement**

Ziel dieses Schrittes besteht darin, Risiken zu ermitteln, zu analysieren, zu kontrollieren und zu überwachen. Risiken sind im Hinblick auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und die sich daraus ergebenden Folgen zu beurteilen. Typische Risiken sind:

- Verlust wichtiger Kräfte (Hauptsitz, Ausrüstung oder Infrastruktur);
- Verlust von Schlüsselpositionen (einschließlich ihrer Nichtverfügbarkeit);
- Verlust untergeordneter externer Dienstleistungen (z. B. externer Vertragsdienstleister, Stromausfälle, Verlust der Wasserversorgung und anderer Versorgungseinrichtungen).

#### **4.5.3 Entwicklung einer Strategie und eines Plans zur Betriebskontinuität**

Ziel einer Betriebskontinuitätsstrategie ist die Bestimmung der Kriterien für die Risikoakzeptanz und der Maßnahmen zur Minderung unakzeptabler Risiken. Für alle kritischen, wesentlichen und notwendigen Funktionen muss es eine vorbestimmte Wiederherstellungszeit geben. Im Betriebskontinuitätsplan werden die Verfahren beschrieben, die Organisationen befolgen müssen, um nach einer störungsbedingten Unterbrechung angemessen zu reagieren, Abläufe wieder in Gang zu bringen, Prozesse wiederaufzunehmen und den Betrieb bis auf ein vorbestimmtes Maß wiederherzustellen. Diese Pläne enthalten in der Regel genaue Angaben in Bezug auf:

- Zielsetzung, Anwendungsbereich und Nutzer des Plans
- Referenzdokumente
- Prämissen
- Rollen und Zuständigkeiten
- wichtige Ansprechpartner und Kontaktstellen
- Aktivierung und Deaktivierung des Plans
- Kommunikation
- Vorfallsreaktion
- Wiederherstellungsreihenfolge für einzelne Aktivitäten
- Wiederherstellungspläne für einzelne Aktivitäten
- einen Notfallwiederherstellungsplan
- benötigte Ressourcen
- Wiederherstellungs- und Wiederaufnahmeaktivitäten

Diese Pläne sollten in den Gesamt-Betriebskontinuitätsplan für die Mitgliedstaaten und die Agentur integriert werden.

#### **4.5.4 Meldung bei störungsbedingter Unterbrechung**

Wird die Betriebskontinuität des ECN störungsbedingt unterbrochen, setzen sich das NCC und die Agentur gegenseitig darüber und über die möglichen Folgen in Kenntnis; dabei verwenden sie die im Memorandum of Understanding aufgeführten Kommunikationskanäle. Die Meldung sollte eine Beschreibung der Unterbrechung und ihrer Auswirkungen auf das ECN sowie eine Information darüber enthalten, ob das NCC oder die Agentur den Betriebskontinuitätsplan aktiviert hat. Wenn die Unterbrechung weiter reichende Folgen haben könnte, müssen auch alle Mitgliedstaaten über den Vorfall und seine möglichen Folgen informiert werden.

Wenn ein Mitgliedstaat oder die Agentur Tests durchführen, die sich potenziell auf die reibungslose Funktionsweise des ECN insgesamt auswirken könnten, setzen sie sich gegenseitig vor Durchführung der Tests darüber und über die voraussichtlichen Folgen sowie die voraussichtliche Dauer in Kenntnis.

#### **4.5.5 Betreuung des Betriebskontinuitätsmanagements**

Diese Prozesse und Pläne müssen regelmäßig betreut, angepasst und verbessert werden, um sicherzustellen, dass sie der jeweils aktuellen Lage angemessen sind. Dies umfasst die Durchführung regelmäßiger Tests und Übungen, das Ergreifen korrigierender Maßnahmen sowie die Änderung und Prüfung der Prozesse und Pläne.

### **4.6 Kommunikation**

#### **4.6.1 Allgemeine Ziele**

Mit Blick auf das Erreichen der Ziele von EUROSUR sollte eine wirkungsvolle Kommunikation die folgenden Bereiche abdecken:

- Informationsaustausch über EUROSUR-Inhalte (NSP; ESP und CPIP);
- Kommunikation zwischen den NCC und der Agentur im Rahmen ihrer täglichen Arbeiten (Kontakte zwischen Betriebspersonal usw.);
- Behandlung etwaiger technischer oder betriebsrelevanter Fragen (wie z. B. Bugs, IT-Vorfälle, Zugangsanfragen usw.), einschließlich in Fällen, in denen die Betriebskontinuität gefährdet ist (siehe Kapitel 4.5).

Eine wirkungsvolle Kommunikation setzt voraus, dass die über EUROSUR bereitgestellten Informationen von deutlicher und hoher Qualität sind und somit zu einer verbesserten Reaktionsfähigkeit beitragen.

#### **4.6.2 Tägliche, routinemäßige Kommunikation**

Eine tägliche Kommunikation findet wie folgt statt:

- auf europäischer Ebene – zwischen den NCC und mit der Agentur;
- auf nationaler Ebene – effektive Kommunikationskanäle sind zwischen allen Behörden mit Zuständigkeit für die Grenzüberwachung einzurichten, einschließlich in Behörden innerhalb der Befehlskette, damit effiziente Entscheidungsprozesse stattfinden und Reaktionskapazitäten bereitgestellt werden können;
- innerhalb der Agentur – zwischen den verschiedenen Stellen, die mit der Erstellung des ESP/CPIP betraut sind.

Eine tägliche Kommunikation findet statt über:



- das ECN und dedizierte Anwendungen, einschließlich der EUROSUR-Anwendung und Einrichtungen für Videokonferenzen;
- Telefon und E-Mail, unter Verwendung der Liste der Kontaktstellen (siehe Kapitel 3.1.15 und 4.6.4);
- andere Plattformen (z. B. das Frontex-Dokumentenverwaltungssystem One Stop Shop usw.).

Jeder Mitgliedstaat ist über sein NCC täglich rund um die Uhr verfügbar.

#### **4.6.3 Die zentrale Kontaktstelle der Agentur**

Die Agentur verfügt über eine zentrale Kontaktstelle, die in der für den aktuellen Informationsaustausch und die Aufrechterhaltung der Lageübersicht verantwortlichen Einheit angesiedelt ist. Diese Einheit bildet die zentrale Anlaufstelle, die auf Ebene der Agentur alle ein- und ausgehenden operativen Informationen rechtzeitig und zuverlässig koordiniert.

Diese Einheit liefert einen ganzheitlichen Ansatz für die NCC und die internen Einheiten der Agentur, indem sie ein- und ausgehende operative Informationen betreut und verarbeitet, um die Übersicht über das ESP/CPIP aufrechtzuerhalten und die Reaktionsfähigkeit in den Mitgliedstaaten zu erhöhen, z. B. durch Koordination der Dienste, die im Hinblick auf die Anwendung der Überwachungsinstrumente und die Erleichterung der Kommunikation in Fällen, in denen gegebenenfalls eine schnelle Reaktion erforderlich ist, zu leisten sind.

Als operative Schnittstelle zur Agentur, über ein operatives Kommunikations- und Informationsmanagement, unterstützt diese Kontaktstelle folgende Funktionen:

- Lagebeobachtung;
- Lagebewusstsein und Support;
- Leistungen im Rahmen der Dienste von EUROSUR zur Zusammenführung von Daten;
- Koordination und Unterstützung gemeinsamer operativer Aktionen, als operative Verbindungsstelle zwischen dem für das jeweilige Projekt zuständigen Team auf Agenturebene und den beteiligten Akteuren vor Ort;
- Notfall- und Krisenmanagement;
- Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den NCC;
- Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den internen Stellen der Agentur.

#### **4.6.4 Liste der Kontaktstellen**

Die Agentur ist für die Betreuung der Liste der Kontaktstellen für die NCC zuständig, die Folgendes umfasst:

- eine genaue Angabe dazu, wo sich das NCC innerhalb der Strukturen des Mitgliedstaats befindet (Name der Behörde usw.);
- Name und Titel/Rang des Leiters des NCC;
- Adresse und Betriebszeiten des NCC (Geschäftszeiten/Dienstzeiten);
- E-Mail-Adresse des NCC – mit 24/7-Überwachung;
- Telefonnummer(n) für das NCC – mit 24/7-Überwachung;
- Liste der im NCC vertretenen Behörden und Betriebszeiten jeder Behörde.

Die NCC müssen die Agentur unverzüglich über Änderungen dieser Angaben informieren.

Die Liste mit den Angaben zu den Kontaktstellen beinhaltet auch die Ansprechpartner der Agentur für

- operative/den Informationsaustausch betreffende Angelegenheiten;
- Dienstanfragen in Bezug auf die gemeinsame Anwendung der Überwachungsinstrumente;
- Zugangsverwaltung;
- technischen Helpdesk.

#### **4.6.5 Kommunikation hinsichtlich routinemäßiger operativer Angelegenheiten**

Das NCC, das als erste Stelle Informationen im Rahmen von EUROSUR erhält, ist dafür zuständig, diese in die EUROSUR-Anwendung einzugeben und sie unverzüglich an die betroffenen Partner weiterzugeben.

Von den Kräften vor Ort erfolgt eine echtzeitnahe (sofortige) Berichterstattung an das NCC. Für die Berichterstattung auf nationaler Ebene werden vordefinierte Vorlagen verwendet, damit die Berichterstattung nach einer einheitlichen Vorgehensweise erfolgt. Pläne sollten im Voraus erstellt werden, damit die Berichterstattung in Notfällen sofort erfolgen kann. In Notfällen können die NCC andere NCC/die Agentur über andere Kommunikationsmittel wie Telefon, Videokonferenzen usw. über die aktuelle Lage usw. informieren; dabei verwenden sie die Angaben in der Liste der Kontaktstellen.

*Bewährte Praktiken:* In monatlichen Videokonferenzen zwischen den Leitern der NCC und der Agentur werden operative Fragen erörtert.

#### **4.6.6 Offizielle Treffen**

Die Leiter der NCC, Vertreter von zuständigen nationalen Behörden und der Agentur treffen sich regelmäßig im Rahmen einer nutzerorientierten *EUROSUR-Expertengruppe*.

Die EUROSUR-Expertengruppe, der interne und externe Beteiligte angehören, stellt einen praktischen Erfahrungsaustausch sicher und verbessert die Koordination zwischen internen und externen Beteiligten. Die Zielsetzung der Gruppe besteht ferner darin, einen Austausch über praktische Themen im Zusammenhang mit dem EUROSUR-Rahmen sicherzustellen. Die Gruppe bereitet technische und betriebsbezogene Fragestellungen in Verbindung mit dem EUROSUR-Rahmen vor und berät diesbezüglich.

Es können mit technischen und betriebsbezogenen Themen befasste Untergruppen gebildet werden, um die EUROSUR-Expertengruppe auf Ad-hoc-Basis oder vorübergehend zu unterstützen.

*Beispiele:* Nutzergruppe „Analyseschicht“, Expertengruppe für die ECN-Akkreditierung usw.

#### **4.6.7 EUROSUR und Öffentlichkeitsarbeit**

In das EUROSUR-System eingestellte Informationen sollten mit der größtmöglichen Transparenz gehandhabt werden. Um den Ausgang laufender Einsätze/Untersuchungen nicht zu gefährden, ist eine angemessene Diskretion im Hinblick auf die Informationen anzuwenden, die für die Öffentlichkeit freigegeben werden. Dies sollte von Fall zu Fall von den zuständigen Behörden geprüft werden.

Ausschließlich die Behörden, die Informationen in EUROSUR hochladen, sind befugt, Einzelheiten zu bestimmten Vorfällen mit der Presse zu erörtern.

Wenn die Agentur an operativen Maßnahmen beteiligt ist, behält sie sich das Recht vor, Informationen über das Ergebnis dieser Maßnahmen zu nutzen.

Interviews zu EUROSUR sollten von Mitgliedern des Personalstabs gegeben werden, die mit der jeweiligen Angelegenheit befasst sind und ausreichende Kenntnisse darüber besitzen.

#### **4.6.8 Kommunikationssprache**

Die Arbeitssprache, in der die Kommunikation innerhalb von EUROSUR erfolgt, ist Englisch. Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass alle Mitteilungen auf nationaler Ebene entsprechend übersetzt werden und eindeutig sind.

## **5 Grundsätze der Zusammenarbeit mit anderen EU-Behörden und externe Zusammenarbeit**

### **5.1 Zusammenarbeit der Agentur mit anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU und internationalen Organisationen<sup>59</sup>**

Dieses Kapitel enthält Leitlinien für einen wirkungsvollen Informationsaustausch und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU und internationalen Organisationen. Genaue Angaben dazu, wie dies zu erfolgen hat, werden in gesonderten Dokumenten beschrieben (z. B. Arbeitsvereinbarungen).

#### **5.1.1 Partnerorganisationen**

Die Agentur sorgt dafür, dass Informationen mit Organen, Einrichtungen, Ämtern und sonstigen Stellen der EU und internationalen Organisationen koordiniert und ausgetauscht werden und verwendet hierzu, soweit möglich und notwendig, sichere Kommunikationswege, um den größtmöglichen Nutzen aus den verfügbaren Informationen, Kapazitäten und Systemen zu ziehen. Die relevanten Beteiligten werden in folgende Gruppen unterteilt:

- Organe, Einrichtungen, Ämter und sonstige Stellen der EU („EU-Partnerorganisationen“) und
- internationale Organisationen und Einrichtungen („Nicht-EU-Partnerorganisationen“).

Bei der Zusammenarbeit mit diesen Partnerorganisationen muss die Agentur sicherstellen, dass deren Mandat, deren rechtliche Rahmenbedingungen und deren Unabhängigkeit uneingeschränkt geachtet werden.

#### **5.1.2 Anwendungsbereich**

Die Agentur tauscht Informationen mit EU-Partnerorganisationen und Nicht-EU-Partnerorganisationen aus, und zwar zu folgenden Zwecken:

- 1) Bereitstellung relevanter Daten zu illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität, die in das ESP/CPIP aufzunehmen sind. Europol ist in diesem Bereich der wichtigste Partner. Die Agentur kann aber auch mit anderen Partnerorganisationen zusammenarbeiten, wie z. B. Interpol, dem maritimen Analyse- und Einsatzzentrum für Drogen (MAOC-N), den Dienststellen der Kommission, eu-LISA, Eurojust, dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) u. a. Die für das ESP/CPIP gesammelten Daten

---

<sup>59</sup> Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

werden an Partnerorganisationen auf der Grundlage „Kenntnis nur, wenn nötig“ und in dem Umfang, wie es für die Erfüllung ihres eigenen Mandats erforderlich ist, weitergegeben. Daten zur Unterstützung und Betreuung des ESP/CPIP, die von den Dienststellen der Kommission, dem EAD, der Grundrechteagentur, dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (z. B. Informationen zur Steuerung der Migrationsströme oder Informationen über Herkunftsländer) und von Nicht-EU-Partnerorganisationen bereitgestellt werden, werden verarbeitet und mit Informationen aus anderen Quellen zusammengeführt, geprüft und dann den NCC der Mitgliedstaaten von der Agentur über das ESP/CPIP zur Verfügung gestellt. Erhält die Agentur relevante Informationen von zwei oder mehr Partnerorganisationen, führt sie diese Informationen zusammen und prüft sie, bevor sie im ESP/CPIP veröffentlicht werden.

- 2) Beiträge zur *gemeinsamen Anwendung der Überwachungsinstrumente* werden von der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EFCA), dem Satellitenzentrum der Europäischen Union (SATCEN) und anderen maßgeblichen Partnerorganisationen gemäß der Beschreibung in Kapitel 3.2.8 geleistet. Für die Beschaffung von Satellitenbilddaten und die Nutzung satellitengestützter Daten im Rahmen von routinemäßigen Einsätzen nutzt die Agentur auf bestmögliche Weise das Kopernikus-Programm.<sup>60</sup>

### **5.1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen**

Die Zusammenarbeit der Agentur mit Dritten gemäß Artikel 18 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 wird in Arbeitsvereinbarungen und anderen einschlägigen rechtssetzenden Dokumenten (z. B. Dienstgütevereinbarungen, Memorandum of Understanding) geregelt, die nach Maßgabe von Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zwischen der Agentur und EU-/Nicht-EU-Partnerorganisationen unterzeichnet werden. Dies kann bestehende einschlägige Kooperationsinstrumente umfassen oder neue, falls erforderlich. Die dem Informationsaustausch zugrunde liegenden Verfahrensvorschriften werden in den Arbeitsvereinbarungen niedergelegt.

### **5.1.4 Kommunikationskanäle**

Die Agentur ist die zentrale Kontaktstelle für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen. Da der Zugriff auf das ESP/CPIP auf die Agentur und die NCC beschränkt ist, errichtet die Agentur dedizierte Kommunikationskanäle mit Partnerorganisationen.

Jede Partnerorganisation bestimmt die erforderliche Kommunikationsinfrastruktur und einen Ansprechpartner. Kontaktinformationen (offizielle und funktionale E-Mail-Adresse, Mobilnummer und offizielle Adresse) für diesen Ansprechpartner sind der Agentur mitzuteilen.

Wenn die Struktur der Partnerorganisation die Benennung von mehr als einem Ansprechpartner erfordert, sind die Kontaktinformationen und die Aufteilung der Zuständigkeiten für diese Ansprechpartner der Agentur mitzuteilen.

Die Agentur erstellt und betreut eine Liste der Kontakte mit Partnerorganisationen, mit denen sie im Rahmen von EUROSUR zusammenarbeitet.

---

<sup>60</sup> Kopernikus, früher bekannt unter der Bezeichnung GMES (Global Monitoring for Environment and Security, Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung), ist das europäische Programm für die Schaffung einer europäischen Erdbeobachtungskapazität.

### **5.1.5 Beurteilung von Ergebnissen**

Die Agentur und Partnerorganisationen analysieren, entwickeln und beurteilen die im Rahmen der Zusammenarbeit innerhalb von EUROSUR erzielten Ergebnisse, um Bedürfnisse und Lücken zu ermitteln und Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen. Diese Erkenntnisse können die Agentur veranlassen, einen Änderungsprozess im Einklang mit den in Kapitel 4.4 bestimmten Vorschriften einzuleiten. Die Beurteilung erfolgt nach Maßgabe des bilateralen Kooperationsrahmens und wenn die operative Lage dies erforderlich macht. Die Zusammenarbeit zwischen der Agentur und Partnerorganisationen kann gemäß dieser Beurteilung und gemäß operativen Erfordernissen angepasst werden.

## ***5.2 Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit benachbarten Drittländern<sup>61</sup>***

Ein gut strukturierter und permanenter Informationsaustausch und eine gut strukturierte und permanente Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit benachbarten Drittländern sind Schlüsselfaktoren für die Prävention von illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität und dafür, einen Beitrag zur Rettung des Lebens von Migranten zu leisten. Um nachhaltig zu sein, muss diese Zusammenarbeit gegenseitig sein, auf gegenseitigem Vertrauen basieren und sowohl für den/die Mitgliedstaat(en) als auch für die Drittländer von Nutzen sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine solche Zusammenarbeit unter vollständiger Einhaltung der Grundrechte erfolgt.

Die Mitgliedstaaten können mit benachbarten Drittländern auf internationaler, multilateraler und bilateraler Ebene zusammenarbeiten.

### **5.2.1 Internationale Zusammenarbeit**

Abhängig vom Umfang der Zusammenarbeit kann die internationale Zusammenarbeit Folgendes beinhalten:

- 1) Informationsaustausch mit der und Unterstützung durch die Agentur, in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, Europol, Eurojust, Interpol und anderen relevanten Behörden;
- 2) die Teilnahme von Drittlandssachverständigen an Programmen, Projekten, Konferenzen, Seminaren und Arbeitsgruppen, die von der Agentur, der Europäischen Kommission, Interpol, den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen eingerichtet bzw. durchgeführt wurden;
- 3) die Entsendung von Verbindungsbeamten in EU-Delegationen<sup>62</sup> und in Botschaften und Konsulate der Mitgliedstaaten;
- 4) gemeinsame Risikoanalysen und Ermittlungstätigkeiten mit Behörden in Drittländern;
- 5) die Durchführung von Schulungen für Behörden von Drittländern hinsichtlich Grenzkontrolltätigkeiten, Such- und Rettungseinsätzen, Grundrechten usw.;
- 6) Stärkung der Kapazitäten von Drittländern durch Programme, die durch EU- und internationale Gelder kofinanziert werden.

---

<sup>61</sup> Artikel 20 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

<sup>62</sup> Im Einklang mit dem „Konzeptpapier zur Entsendung von europäischen Verbindungsbeamten für Migration“ (Ratsdokument 13435/4.11.2015 JAI 790 ASIM 130 RELEX 853).



### 5.2.2 Multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit

Abhängig vom Umfang der Zusammenarbeit kann die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit Folgendes beinhalten:

- 1) ein Netzwerk von Verbindungsbeamten;
- 2) regionale Netzwerke für den Informationsaustausch über sichere Kommunikationskanäle, den Austausch von Verbindungsbeamten, Schulungen, den Ausbau von Überwachungskapazitäten und die Einrichtung von Koordinationszentren in Drittländern. Wenn sich mehrere Mitgliedstaaten an einem regionalen Netzwerk beteiligen, müssen sie die Agentur darüber in Kenntnis setzen, welches ihrer NCC für den Informationsaustausch zwischen den regionalen Netzwerken und EUROSUR zuständig ist;
- 3) gemeinsame operative Aktionen (Land, See und Luft), einschließlich gemeinsame Patrouillen;
- 4) die Durchführung von Schulungen für Behörden von Drittländern hinsichtlich Grenzkontrolltätigkeiten, Such- und Rettungseinsätzen, Grundrechten usw.;
- 5) den Aufbau von Kapazitäten durch die unentgeltliche Bereitstellung von Kräften und technischen Unterstützungsleistungen zur Verbesserung der Grenzkontrollkapazitäten von Drittländern.

Beispiele für regionale Netzwerke sind das Netzwerk der Grenzkontrollkooperation im Ostseegebiet (BSRBCC) und das Netzwerk „Seepferdchen Atlantik“.

### 5.2.3 Abkommen

Die oben beschriebene Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage von Abkommen und Arbeitsvereinbarungen oder durch regionale Netzwerke, die auf der Grundlage dieser Abkommen bzw. Vereinbarungen errichtet wurden. Vor Abschluss eines solchen Abkommens oder einer solchen Arbeitsvereinbarung muss der betreffende Mitgliedstaat der Europäischen Kommission den Wortlaut oder die relevanten Bestimmungen mitteilen. Die Kommission prüft diese Bestimmungen im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen von Artikel 20 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013. Die Mitgliedstaaten müssen der Kommission ferner den Wortlaut geschlossener Abkommen mitteilen, und die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Agentur einen allgemeinen Überblick über diese Abkommen sowie eine Beurteilung derselben vor.

Die Mitgliedstaaten informieren die Agentur über die aktuelle Zusammenarbeit mit Drittländern im operativen Bereich, wie gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 erforderlich. Beim Abschluss bilateraler Abkommen mit Drittländern können die Mitgliedstaaten in Absprache mit der Agentur Bestimmungen über die Rolle und die Zuständigkeiten der Agentur aufnehmen.

Sofern Informationen, die an Behörden in einem Drittland weitergegeben werden sollen, Eigentum eines Mitgliedstaats oder der Agentur sind, die dem Kooperationsabkommen oder dem regionalen Netzwerk nicht angehören, muss das NCC des Mitgliedstaats, der diese Informationen weitergeben möchte, an den Dateneigner (den Mitgliedstaat oder die Agentur) eine schriftliche Anfrage senden, in der er das Drittland nennt, dem er die Daten weitergeben möchte, und die Gründe für diesen Informationsaustausch darlegt. Der Dateneigner (der Mitgliedstaat oder die Agentur) beantwortet diese Anfrage so bald wie möglich schriftlich. Eine Ablehnung des Informationsaustauschs ist zu begründen. Eine stillschweigende Zustimmung ist nicht zulässig – der Dateneigner muss der Anfrage zustimmen oder sie ablehnen.



## 6 Überwachung und Evaluierung<sup>63</sup>

Folgende Maßnahmen sind zur Überwachung der *technischen Funktionsfähigkeit* von EUROSUR zu ergreifen:

- In ihrem Bericht, der am 1. Dezember 2015 und danach jeweils nach Ablauf von zwei Jahren fällig ist, gibt die Agentur einen Überblick über die Anwendung des ECN, des ESP (einschließlich der Grenzabschnitte und der zugeordneten Risiken) und des CPIP sowie über die gemeinsame Anwendung der Überwachungsinstrumente, indem sie die erzielten Fortschritte beschreibt und Maßnahmen bestimmt, die noch ergriffen werden müssen, um den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 vollständig zu entsprechen.
- Bis zum 31. Januar 2016 und ab diesem Zeitpunkt jährlich zum gleichen Stichtag legt jeder Mitgliedstaat einen jährlichen Bericht über die Einrichtung und den Betrieb seines NCC und seiner NSP vor, in dem er die während des Vorjahres erzielten Fortschritte beschreibt und Maßnahmen bestimmt, die noch ergriffen werden müssen, um den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 vollständig zu entsprechen. Die Kommission erstellt in ihrer Gesamtbewertung, die am 1. Dezember 2016 und ab diesem Zeitpunkt alle vier Jahre fällig ist, eine Zusammenfassung zu EUROSUR.

Folgende Maßnahmen sind zur Überwachung der *operativen Funktionsfähigkeit* von EUROSUR zu ergreifen:

- Ab 2015 gibt jeder Mitgliedstaat in dem oben genannten jährlichen Bericht eine Beschreibung der im Zusammenhang mit den externen Grenzabschnitten, denen ein mittleres oder hohes Risiko zugeordnet wurde, auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen (mit Schwerpunkt auf der Rolle des NCC).
- In ihrem Bericht, der am 1. Dezember 2015 und ab diesem Zeitpunkt alle zwei Jahre fällig ist, gibt die Agentur einen Überblick über die Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten und der Agentur im Zusammenhang mit den externen Grenzabschnitten, denen ein mittleres oder hohes Risiko zugeordnet wurde, ergriffen wurden. In diesem Bericht arbeitet die Agentur mit dem/den jeweiligen Mitgliedstaat(en) zusammen, um die auf nationaler und europäischer Ebene getroffenen Maßnahmen zu analysieren und zu bewerten.
- In ihrer Gesamtbewertung, die am 1. Dezember 2016 und ab diesem Zeitpunkt alle vier Jahre fällig ist, gibt die Kommission eine Bewertung dazu ab, wie die EUROSUR-Verordnung in den Mitgliedstaaten und von der Agentur angewandt wurde.

Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Beachtung der Grundrechte, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, innerhalb des EUROSUR-Rahmens zu überwachen:

- Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 und als Anhang zum Bericht der Agentur, der am 1. Dezember 2015 und ab diesem Zeitpunkt alle zwei Jahre fällig ist, kann der Beauftragte für Grundrechtsfragen der Agentur Bemerkungen hinsichtlich der Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen durch die Agentur abgeben. Das beratende Forum kann der Agentur Empfehlungen bezüglich der Einhaltung der Grundrechte bei der Durchführung der EUROSUR-Verordnung übermitteln. Hierzu haben der Beauftragte für Grundrechtsfragen und das beratende Forum im Rahmen des ihnen

---

<sup>63</sup> Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013.

erteilten Mandats Zugriff auf alle Informationen im Zusammenhang mit der Achtung der Grundrechte hinsichtlich aller Aktivitäten der Agentur im Rahmen von EUROSUR.

- In ihrer Gesamtbewertung, die am 1. Dezember 2016 und ab diesem Zeitpunkt alle vier Jahre fällig ist, gibt die Kommission eine Bewertung hinsichtlich der Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen durch die Agentur und die Mitgliedstaaten (einschließlich des Schutzes personenbezogener Daten und des Grundsatzes der Nichtzurückweisung) im Rahmen der Durchführung der EUROSUR-Verordnung ab.<sup>64</sup>
- In ihrer Gesamtbewertung, die am 1. Dezember 2016 und ab diesem Zeitpunkt alle vier Jahre fällig ist, gibt die Kommission einen Überblick über die zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern für die Zwecke der EUROSUR-Verordnung geschlossenen Abkommen sowie eine Bewertung dazu, ob diese Abkommen den Bestimmungen von Artikel 20 der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 entsprechen.

## **7 Überarbeitung des Handbuchs und abschließende Bemerkungen**

Die Kommission kann dieses Handbuch auf der Grundlage von Beiträgen durch die Agentur und die Mitgliedstaaten ändern.

Die Agentur und die Mitgliedstaaten können nach Anhörung der Europäischen Kommission interne Dokumente (Kataloge, Spezifikationen usw.) verabschieden und in bestimmte Kategorien einstufen, um operative, technische oder andere Anforderungen, die für die Anwendung und tägliche Nutzung von EUROSUR erforderlich sind, weiter zu spezifizieren. Die Kommission prüft diese Dokumente im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 und dieses Handbuchs.

---

<sup>64</sup> Die Kommission kann bei der Ausarbeitung ihrer Bewertung die Agentur für Grundrechte hinzuziehen.

## 8 Liste der Instrumente

- Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)
- Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
- Verordnung (EU) Nr. 656/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung von Regelungen für die Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union koordinierten operativen Zusammenarbeit
- Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex)
- Beschluss (EU, Euratom) 2015/444 der Kommission vom 13. März 2015 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen
- Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr
- Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr
- Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und das diesbezügliche Protokoll von 1967
- Internationales Übereinkommen von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See oder andere internationale Übereinkommen unter dem Dach der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation

## 9 Liste der Abkürzungen

Agentur	Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)
AIS	Automatisches Schiffsidentifizierungssystem
BSRBCC	Grenzkontrollkooperation im Ostseegebiet
CIRAM	Gemeinsames integriertes Risikoanalysemodell
CPIP	Gemeinsames Informationsbild des Grenzvorbereichs
EASO	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen
EBGT	Teams der Europäischen Grenzschutztruppe
ECN	Kommunikationsnetz von EUROSUR
EDPS	Europäischer Datenschutzbeauftragter
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EEG	EUROSUR-Expertengruppe
EFCA	Europäische Fischereiaufsichtsagentur
EMSA	Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs
EO	Erdbeobachtung
EPN	Europäisches Patrouillennetz
ESP	Europäisches Lagebild
ETMS	EUROSUR Technical Management Services
EU	Europäische Union
EUCI	EU-Verschlusssache
EUROJUST	Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUROSUR	Europäisches Grenzüberwachungssystem
FRA	Agentur für Grundrechte
ICC	Internationales Koordinierungszentrum
INTERPOL	Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation
ISO	Internationale Organisation für Normung
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
JORA	Anwendung für die Berichterstattung über gemeinsame Aktionen
LCC	Lokales Koordinierungszentrum
LRIT	System zur Fernidentifizierung und -verfolgung von Schiffen
MAOC-N	Maritimes Analyse- und Operationszentrum – Rauschgift
MRCC	Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung
NCC	Nationales Koordinierungszentrum
NFPOC	Nationale Frontex-Kontaktstelle
NSP	Nationales Lagebild
RCC	Regionales Koordinierungszentrum
SATCEN	Satellitenzentrum der Europäischen Union
SAR	Such- und Rettungsdienst
SIRENE	Antrag auf Zusatzinformation bei der nationalen Eingangsstelle
TETRA	Transeuropäischer Bündelfunk
UN	Vereinte Nationen
VHF	Ultrakurzwellenbereich
VMS	Schiffsüberwachungssystem
VPN	Virtuelles Privates Netzwerk